



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis 2. M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Inserationsgebühren für die Zeitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer monatlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herben zu richten. Redaktion: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Köpenickerstr. 3.

Nr. 38

Charlottenburg, den 18. September 1908

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstollenkassirern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Bollsperr**e besteht über Ubersweiler, Angermünde (Möschel u. Zimmermann), Arnburg, Darmstadt (Herdfabrik von Röder), Düsseldorf (Josef Hohmann), Freienort, Großbreitenbach (Friedrich Eger u. Söhne), Mannheim-Neckarau (Rheinische Gummi- und Celluloidwaarenfabrik), Lettau (Sountag u. Söhne), Tillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

Selbssperren:

Alexandrinthal (Firma Rednagel), Althaldensleben (außer W. Gericke E. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. d. Oder (Baetsch), Garzig, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heikner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Ilmenau (Abicht), Langwiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschüh, Rudolfstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triptis, Ueckendorf.

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). Malerei für Apothekerstandgefäße Karl Franke in Wien. — Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim; alle keramischen Betriebe in Brünn für Maler.

Scharfmacher-Rentenquetscher.

Es erübrigt sich, auf die unbändige Feindschaft unzähliger Unternehmer gegen die Arbeiterschutzesetze noch besonders hinzuweisen. Die Beweise, die dafür bisher von jener Seite erbracht wurden, dürften genügen. Nicht nur, daß die Unternehmer selbst auftraten, um ihrem bedrängten Herzen über die sie beschränkenden Schutz- und Haftbestimmungen kräftigst Ausdruck zu verleihen, widmete sich dieser zahlungsfähigen Mörnergemeinschaft selbstverständlich eine Retterschar, die sich aus Schriftstellern, Journalisten,

Ärzten, Beamten aller Art zusammensetzte. Alle forderten eine Verlangsamung der deutschen Sozialpolitik. Da jedoch selbst ein Posadowsky diesem Geschrei seiner Auftraggeber nicht Rechnung tragen konnte, suchten sich dieselben dadurch schadlos zu halten, daß sie die bestehenden Bestimmungen in ihren Anwendungen einschränken wollen. So wollen wir heute aus diesen Bemühungen der sozialpolitischen Rückwärtser nur einmal das berufsgenossenschaftliche Gebiet herausgreifen.

Man weiß, daß auf Grund des Unfallgesetzes dem im Betriebe in ersterer Weise verunfallten Arbeiter eine sogenannte Unfallrente zu zahlen ist. Diese Rente — die fällig wird, sofern der Verletzte länger als 13 Wochen arbeitsunfähig ist — zahlt die Berufsgenossenschaft, das heißt die gesetzlich vorgeschriebene Vereinigung von Inhabern von Betrieben derselben Art. So haben wir z. B. eine Töpfer-, eine Holz-, eine Stahl- und Eisenberufsgenossenschaft etc. Die Mittel der Berufsgenossenschaften werden durch Beiträge der Arbeitgeber aufgebracht. Von der Verwaltung der Berufsgenossenschaften sind die Arbeiter ausgeschlossen. Schon seit langem geht nun das Bestreben der Berufsgenossenschaftsleitungen darauf hinaus, den Unfallverletzten an Renten so wenig wie möglich zu zahlen und welche Mittel zu diesem Zwecke nicht selten angewendet werden, beweisen die sogenannten Rentenquetscher — „Heilanstalten“, in denen Unfallverletzte zwecks Besserung auf Antrag der Berufsgenossenschaft „behandelt“ werden — zur Genüge. Aber man hat daran anscheinend nicht genug. Künftig möchte man es wohl gar nicht so weit kommen lassen, sondern den Niegel der Rentenverweigerung schon früher vorschleichen.

In welcher Weise das dann zu geschehen habe, gibt der Vorsitzende des regensburger Schiedsgerichts an, indem er in einem „Frivolen Verurteilung“ überschriebenen Artikel, der in der Zeitschrift „Unfallversicherungs-Praxis“ erschien, ausführte:

„Die reichsgesetzliche Arbeiterfürsorge hat schlimme Auswüchse gezeitigt. Es macht sich in einem keineswegs geringen, sondern, wie jeder Schiedsgerichtsvorsitzende aus seiner Erfahrung wird bestätigen müssen, sehr bedeutendem Umfange das Bestreben in den Kreisen der Versicherten geltend, sich um jeden Preis in den Besitz einer Rente zu setzen und um keinen Preis von derselben mehr zu lassen, wenn eine solche auch noch vor so vielen Jahren oder aus noch so geringfügigem Anlasse einmal gewährt worden ist. In der Unfallversicherung werden die unbedeutendsten Defekte, welche früher gar nicht beachtet wurden und die vor der Unfallgesetzgebung nie als erwerbshinderlich angesehen worden waren, als Unfälle angemeldet. Die Gewöhnung an Defekte wird, wenngleich die Wiederaufnahme der Arbeit bei gleicher, oft sogar höherer Lohnzahlung altemäßig feststeht, auf das heftigste angestritten, Krankheiten aller Art auf Unfälle, die sich vor Jahren ereignet haben sollen und die wegen der Länge der abgelaufenen Zeit absolut unkontrollierbar sind, zurückgeführt u. s. w. Namentlich beschäftigen die ältesten Bruchleiden, die Tuberkulose der Lungen und Knochen, veraltete Krampfadergeschwüre, Alterserscheinungen aller Art, besonders auch Frauenkrankheiten, die Schiedsgerichte, die in den allermeisten dieser Fälle dahin entscheiden müssen, daß weder der behauptete Unfall noch dessen Zusammenhang mit der konstatierten Krankheit nachweisbar ist. Hierbei wird die betäubende Wahrnehmung gemacht, daß eine Fülle von positiv unwahren Tatsachen behauptet wird, daß Zeugen genannt werden, die von einem Unfälle absolut nichts wissen, daß die Angehörigen die unmöglichsten Tatumstände bezeugen und sich hierüber zum Eide anbieten, daß die Rentensucher selbst die Beeidigung ihrer offenbar falschen Angaben anbieten und höchst entrüstet sind, wenn die Abnahme ihres Eides verweigert wird, daß Ärzte und öffentliche

Behörden der Rentensucht Vorschub leisten, erstere, indem sie oberflächliche Gutachten ohne nähere Prüfung der Tatumstände abgeben, letztere, indem sie sich von dem Bestreben leiten lassen, das übrige zur Entlastung der heimatischen Armenpflege u. s. w. beizutragen. Eine besonders häufige Erscheinung ist die nach Meinung vieler Gemeindebehörden weil wohlwollend auch erlaubte Ausfertigung von nicht immer zutreffenden Arbeits- und Krankheitsbescheinigungen für Invalidenrentensucher. So wirkt alles zusammen, um der von hohem Idealismus (?? d. R. d. A.) diktierten Versicherungsgesetzgebung eine düstere Kehrsseite zu geben. So traurig es klingt, so kommt es der Wahrheit doch sehr nahe, wenn behauptet wird, daß in der Versicherungsgesetzgebung ein Keim zur Demoralisation der deutschen Nation liegt, den zu unterdrücken Aufgabe aller beteiligten Kreise sein muß." Diese Ausführungen zeugen von einer fühlbaren Feindseligkeit des Schreibers gegen die Arbeiter, gegen deren Rentenansprüche und gegen das Unfallversicherungsgesetz überhaupt. Sehen wir einmal von den tatsächlichen Unrichtigkeiten ab — so werden Brüche überhaupt nicht mehr oder höchst selten als rentenberechtigter Verletzung angesehen, daher kann auch die Beschäftigung der Schiedsgerichte mit „den ältesten Bruchleiden“ durchaus keine so bedeutende sein — und besoffen wir uns dagegen kurz mit einigen anderen Punkten dieser Auslassung. So wird von „Gewöhnung“ der Verletzten in ihre künftige Lage so viel geredet. Selbst Unfallverletzte mit einem Bein „gewöhnten“ sich nach dieser Auffassung nämlich wieder an ihre Lage was dann sofort einen Rentenabzug begründet. Es mag ja möglich sein, daß bei minder schweren Verletzungen oder bei Verlust eines unbedeutenden Gliedes der Betreffende sich wieder gut in seine Beschäftigung finden kann, aber in solchen Fällen von höheren Verdiensten als vor dem Unfall zu reden, ist wohl sehr gewagt. Und wenn das der Fall wäre, so müßte dem Verletzten, der ein Glied verloren hat, immer doch noch der Rentenanspruch bleiben. Dann wird mit den unsicheren Zeugenaussagen gewinkt. Ja, weiß denn so ein Herr, der einem Schiedsgericht vorsieht, nicht, daß diese ungenauen Aussagen auch ein Merkmal der ordentlichen Gerichte bilden? Es wird sich nicht aus der Welt schaffen lassen, daß sich Verwandte vor Gericht beistehen und geradezu traurig wäre es, wenn die Angehörigen eines verletzten Familienvaters nicht alles Recht haben sollten darauf mit hin zu wirken, daß ihrem verunfallten Ernährer wenigstens ein kleiner Teil seines Einkommens, das zugleich ihres ist, in Rentenform gewährt wird. Einen Fehlgreif sondersgleichen tut der regensburger Schiedsrichter doch ganz entschieden, indem er sich selbst gegen die Ärzte wendet, welche den vermeintlichen Rentenerschleichern beistehen sollten. Jedenfalls bemüht sich der gute Mann damit, das mitunter geradezu brutale Verhalten der Verbandsärzte der Berufsgenossenschaften gegen arme Arbeiter zu verdecken. Was diese Ärzte leisten können an Rentenquetscherei und wie nicht selten ihre „Begründungen“ und Gutachten aussehen, erhellt wohl nicht zum wenigsten aus folgendem: Ein Forstarbeiter, der infolge von zwei Unfällen vollständig erwerbsunfähig war, bezog durch zwei Jahre die Vollrente. Im Herbst 1902 sollte seine Rente herabgesetzt werden. Auf seine Berufung wurde er auf Veranlassung des Schiedsgerichts von einem Dr. Berndt untersucht, und in dessen Gutachten lautet der Schluß:

„Außer einer geringen Schwellung und Empfindlichkeit des rechten Fußes sind also Folgen des Unfalles oder der Unfälle nicht mehr nachweisbar. Dagegen ist der Mann im Genuß seiner hohen Rente fett und bequem geworden. Es ist die höchste Zeit, daß er wieder ordentlich zu arbeiten anfängt. Mit dem Schwinden des faulen Fettes werden auch die jetzt noch vorhandenen geringen Beschwerden vergehen. Ich halte eine Uebergangsrente von 30 (dreißig) Prozent Erwerbsunfähigkeit für völlig ausreichend. Nach einem Jahre wird der Mann voraussichtlich eine noch größere Arbeitskraft erlangt haben, vorausgesetzt, daß er arbeitet.“

gez. Dr. Berndt.“ Die „hohe Rente“ dürfte in diesem Falle im Monat gegen 30 Mk. ausgemacht haben. — Wie es daher mit der „von hohem Idealismus diktierten“ Versicherungsgesetzgebung in ihrer Ausführung aussieht, wird darnach auch dem Naivesten klar sein. Ganz recht hat jedoch der regensburger Herr mit seiner Ansicht von der „Demoralisation“. Jedoch nicht die Nation wird davon getroffen, sondern die Ärzte und übrigen Vertrauenspersonen der Berufsgenossenschaften, welche sich den Wünschen derselben in Bezug auf die Rentenquetschereien so willfährig zeigen. Und es ist da freilich höchst bedauerlich, daß es überhaupt Leute gibt, die solchen Zumutungen Rechnung tragen.

Um nun jedoch eine so günstige Gelegenheit, wie sie die obigen Auslassungen eines Schiedsgerichtsvorsitzenden für die sozialpolitischen Scharfmacher darstellen, nicht ungenutzt vorüber gehen zu lassen, druckt die „Arbeitgeber-Zeitung“ dieselben mit einem behaglichen Schmunzeln ab und empfiehlt sie so unter der Hand den sämtlichen Schiedsgerichtsvorsitzenden zur gefälligen Beachtung. Diesem Blatte kann man ja eine derartige Zumutung gegen die Gerichtsvorsitzenden schlechterdings nicht übel nehmen und nur weil die wirklichen Dinge den Behauptungen über den angeblichen Mißbrauch mit dem Gesetze seitens der Unfallverletzten gar zu sehr entgegen stehen, sei zum Beispiel auf den letzten Jahresbericht der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Balzwerksberufsgenossenschaft hingewiesen.

Darnach betrug die Zahl der im Jahre 1902 Verunfallten pro 1000 Versicherten zwar 183, doch von diesen bekommen nur 14 Personen eine Rente. Also der 13. Teil der Verletzten kam nur auf Rechnung der Berufsgenossenschaftskasse; die Uebrigen erhoben entweder keinen Anspruch auf Rente, oder sie wurden abgewiesen. Daß es die Genossenschaft den Verletzten übrigens nicht so leicht macht, eine Rente zu erhalten, zeigt, daß von den im Berichtsjahre zugestandenen 1757 Renten erst 220 durch Berufung beim Schiedsgericht erstritten wurden und daß 959 Berufungen gegen Entscheidungen dieser Berufsgenossenschaft nötig wurden. Interessant für die Beurteilung der Humanität bei der Rentenfestsetzung seitens dieser Berufsgenossenschaft ist ferner der geringe Prozentsatz der dauernd völlig Erwerbsunfähigen. Aus dieser Ziffer läßt sich schließen, daß der bei einem Unfall mit dem Leben davontommende Arbeiter in 99 von 100 Fällen nur Teilrente bekommt. Wer ein Bein verliert oder vielleicht gar beide Füße, wer halb gelähmt ist, nur noch einen Finger rühren kann, der ist auch nur teilweise erwerbsunfähig: ob er noch etwas erwerben kann, keinen Menschen kümmert das.

So sieht in Wirklichkeit die Sache aus. Ein fühlender und denkender Mensch kann da wohl weniger von einer Frivolität der

Rentennachsuchenden, als von einer solchen der die Renten ablehnenden oder verkürzenden Körperschaften reden. Es ist eine systematische Feindschaft, welche die Berufsgenossenschaftsleitungen und ihre Hintermänner häufig gegen die Rentenverlangenden besitzen und die sich bei allen möglichen Gelegenheiten geltend macht. Wer da weiß, wie viele hunderte von Arbeitern aus reiner Unwissenheit ihre Rentenansprüche nicht geltend machen und wenn die Praxis gezeigt, wie die Rentennachsuchenden von Instanz zu Instanz, vom Arzt in die Heilanstalt, dann wieder zum Arzt zc. herumgeschleppt werden, wie ihnen von den Berufsgenossenschaften und den Vertrauensärzten Dinge gesagt werden, die keine Schmeicheleien bilden, der weiß, daß aus purem Vergnügen und Frivolität wohl kein Arbeiter, kein Familienvater sich dem allen aussetzt. Nein, diesen armen, bedauernswerten Opfern der Arbeit ist der anhängig gemachte Rentenanspruch häufig eine Lebensfrage, die mit allem Ernst und leider mit zu vieler Hoffnung von dem Verletzten behandelt wird.

Wenn man daher von „Demoralisation“ spricht, so wird dieselbe nicht durch den Rentenverlangenden infolge der Geltungmachung seiner berechtigten Ansprüche gefördert, sondern ihr Umsichgreifen kommt ganz auf Konto der Scharfmacher und Rentenquetscher, die auf alle möglichen juristischen und sonstigen Winkelzüge sich verlegend, den verletzten Arbeiter um das bringen wollen, was ihm das Gesetz zusichert.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bekanntmachung.

Vom Militär entlassene Mitglieder treten nach § 6 Ziffer 5 Abs. 3 des Verbandsstatuts wieder in ihre alten Rechte ein, sofern sich dieselben **spätestens innerhalb 14 Tagen** bei dem früheren Zahlstellenkassierer melden. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, die erfolgten Anmeldungen möglichst bald dem Verbandskassierer mitzuteilen, damit der entsprechende Vermerk in der Stammmrolle gemacht werden kann. Sofern Unterstützung oder Fahrgelder für die vom Militär entlassenen Mitglieder beantragt werden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Anweisungen so lange nicht gegeben werden können, als die Betreffenden beim Verbandskassierer noch nicht als vom Militär zurück gemeldet sind.

Für die Mitglieder des Beihilfefonds sind die Fragen des Aufnahmescheines innerhalb **14 Tagen** von neuem zu beantworten und der Aufnahmeschein an den Verbandskassierer einzusenden, andernfalls die Mitgliedschaft im Beihilfefonds erlischt.

Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, die in Frage kommenden Mitglieder auf vorstehende Bekanntmachung hinzuweisen.

S. Schneider, Verbandschriftführer.

Bekanntmachung.

Die, durch allgemeine Mitglieder-Abstimmung beschlossene Aenderung des Beihilfefonds-Reglements, konnte in der vorliegenden Form dem Reglement nicht einverleibt werden. Die vom Vorstand in der 90. Sitzung vom 8. 9. a. c. vorgenommenen Aenderungen sind allerdings nicht sachlicher, sondern rein redaktioneller Natur, welche aus logischen Gründen vorgenommen werden mußten. So verlangt z. B. der angenommene Antrag I, daß die, die Dauer der Unterstützung regelnde Tabelle, als Aenderung des § 3 Abs. 1 B.-M. zu gelten habe, während der Vorstand dies als Aenderung des § 10 B.-M. festgesetzt

hat. Im letztgenannten Paragraphen wurde bisher schon die Dauer des Beihilfebezuges festgesetzt, während § 3 Abs. 1 B.-N. nur die Höhe der einzelnen Unterstützungssätze festsetzt, an welcher durch die Abstimmung auch nichts geändert worden ist.

Der Antrag II besagt: „§ 14, Abs. 3 B.-N. soll heißen: Begräbnisgeld kann mit Ausnahme der nach § 10 Abs. 2 ausgesteuerten Mitglieder u. s. w.“ Mit Annahme des Antrages I hat aber jedes Mitglied 52 Wochenbeiträge zu entrichten, ehe der Anspruch auf Beihilfe beginnt. Mitglieder der im § 10 Abs. 2 bezeichneten Art kann es demzufolge in Zukunft nicht mehr geben, mithin ist der 2. Absatz des § 10 B.-N. hinfällig resp. gestrichen worden.

Die abgeänderten Paragraphen des Beihilfefonds-Reglements haben nun folgende Fassung erhalten:

§ 1 Abs. 1: „Mitglieder, welche 52 Wochenbeiträge gezahlt haben, u. s. w.“

§ 3 Abs. 2: „Der Vorstand ist verpflichtet, erforderlichen Falles nach Bedürfnis vierteljährlich zwei Extrabeiträge einzufordern.“

§ 10 Abs. 1: „Die Beihilfe für vorübergehende Arbeitsunfähigkeit kann fortlaufend für dieselbe Arbeitsunfähigkeit nach Maßgabe der nachstehenden Tabelle erhalten:

Nach 1-2 jährl. Mitgliedschaft	13	Woch.	Beihilfe
„ 2-3 „ „	26	„	„
„ 3-5 „ „	39	„	„
„ 5 „ „	52	„	„

§ 10 Abs. 2: „Wird ein arbeitsunfähig gewesenes Mitglied u. s. w.“

§ 14 Abs. 3: „Begräbnisgeldbeihilfe kann nach 52 wöchentlich bis 5 jähriger Mitgliedschaft die Hälfte, und nach 5 jähriger Mitgliedschaft der volle Betrag der in § 3 Abs. 1 (Tabelle) genannten Sätze gezahlt werden.“

Die Mitglieder des Beihilfefonds, sowie die Zahlstellenverwaltungen, insbesondere die Zahlstellenassistenten werden hiermit ersucht, Vorstehendes genau beachten zu wollen. Insbesondere wollen die Zahlstellenassistenten, um sich und den Beihilfefonds vor Schaden zu bewahren, sich in allen Fällen erst genau vergewissern, wie lange ein erkranktes Mitglied dem Beihilfefonds angehört, resp. auf wie lange Dauer berechtigter Anspruch zum Bezuge von Beihilfe vorhanden ist.

Der Vorstandsvorstand.

89. Vorstandssitzung vom 3. September 1903.

Entschuldigt fehlt v. d. Aue.

Der neugewählte Redakteur des Verbandsorgans, Gen. Ziesch, ist erschienen und nimmt an der Sitzung teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende demselben einige Worte der Begrüßung, und spricht im besonderen die Erwartung aus, daß Gen. Ziesch sich bemühen werde, durch eine instruktive Leitung des Organs das letztere in den Dienst der Erziehung der Mitglieder für die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu stellen. Wenn dem Redakteur in den Sitzungen des Vorstandes auch keine beschließende, sondern nur beratende Stimme zustehe, so möge derselbe aber auch hiervon in regster Weise Gebrauch machen und zu allen die Organisation bewegenden Fragen seine Meinung rückhaltlos zum Ausdruck bringen. Gen. Ziesch dankt zunächst für das Vertrauen, welches ihm von seiten des Vorstandes entgegengebracht worden ist; im übrigen gehöre es nicht zu seinen Gepflogenheiten, große programmatische Versprechungen zu geben. Auf jeden Fall werde er seine ganze Kraft der ihm gestellten Aufgabe widmen. — Dem Mitglied 38 946 Tettau wird die Unterstützung vorläufig nicht weiter gewährt; unter bestimmten Voraussetzungen soll dies jedoch wieder der Fall sein. Dem Mitglied 38 947 werden wöchentlich 6 Mark Zuschuß aus freiwilligen Mitteln zu der bisherigen Unterstützung bewilligt. Unterstützung für das Mitglied 38 982 wird nach § 9 U.-N. abgelehnt. Die Situation in Tettau ist im übrigen unverändert. — Das Mitglied 26 780 Regensburger hat sich an die Beschwerdekommision gewandt, wegen Verweigerung der Fahr- und Um-

zugsgelder nach § 9 U.-N.; beschlossen wird, das Material in dieser Angelegenheit der B.-N. zuzustellen. — Beantragte Weiterunterstützungen für einige Mitglieder in Schlierbach werden unter bestimmten Bedingungen bewilligt. — Die beantragten Fahr- und Umzugsgelder für 12 901 Kronach werden abgelehnt. — Das Mitglied 31 924 Hoch Schlierbach wird nach § 5 Abs. 3 St. vom Verband und Beihilfefonds ausgeschlossen. — Der beantragten Gründung einer Zahlstelle in Böllingstedenhal wird zugestimmt; gleichzeitig auch einer hiermit verbundenen Anregung, ein Agitations-Flugblatt unter den Arbeitern der Kunst-Terrakotten-Branche zu verbreiten. Im Anschluß daran wird beschlossen, sofern es sich für eine kleinere Branche darum handelt, unter Berücksichtigung der besonderen Umstände und Zeitverhältnisse durch Flugblätter Agitation zu treiben, es dem Bureau für zukünftige Fälle dieser Art zu überlassen, Flugblätter auszuarbeiten, drucken zu lassen und den antragstellenden Zahlstellen oder Agitations-Kommissionen zuzustellen. Dem Vorstand ist in allen Fällen Kenntnis zu geben und in Zweifelsfällen die Entscheidung zu überlassen. — Einem Antrage Weißwasser, die Bibliothek der Zahlstelle, unter Wahrung des Eigentumsrechtes der Zentral-Bibliothek des Gewerkschaftskartells einzunehmen, wird zugestimmt. — In Unterstützungssache 25868 Bonn wird weitere Recherche beschlossen. — Dem Mitglied 21235 Berlin II. (Einzelmittglied) wird in Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse erlassen, zur Berechnung der Umzugsgelder eine Dittung über Transportkosten für die Möbel vom Bahnhof zur Wohnung beizubringen, und wird den hierüber gemachten Angaben des Mitgliedes ohne weiteres Glauben geschenkt, resp. die angegebene Summe mit in Berechnung gestellt. Jedoch wird es abgelehnt, die Kosten für den Transport eines ganzen Waggons, welchen Mitglied zum Umzug benutzt hat, in Berechnung zu stellen, sondern es werden, dem diesbezüglichen Vorstandsbeschlusse entsprechend, die Transportkosten für 1500 Kgr. Stückgut berechnet. — Fahr- und Umzugsgelder für Mitglied 5579 Rudolfsdorf z. Zeit in Erfurt werden bewilligt; der Betrag hierfür soll jedoch dem Mitglied nicht ausgezahlt, sondern von der zu Unrecht erhaltenen Beihilfe in Abzug gebracht werden. — In Unterstützungssache 26109 Langeweisen wird weitere Unterstützung vom 31. 8. ab bewilligt. — Dem Mitglied 14885 Seib wird Rechtsschutz bewilligt. — Beihilfefonds. In Bezug auf die, durch allgemeine Mitglieder-Abstimmung beschlossene Statuten-Änderung, wird bestimmt, daß dieselbe sofort, d. h. mit Erscheinen der Nr. 37 der „A.“ in Kraft tritt, mit Ausnahme der Änderung des § 3 Abs. 2 B. N., über welche noch besonders Beschluß gefaßt werden soll.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1902.

II.

Wirksamkeit und Einrichtungen der Kartelle.

Den Kartellen liegt neben der Agitation für Ausbreitung der Gewerkschaften und Schaffung der allen Organisationen dienenden Einrichtungen auch die Verpflichtung ob, alle Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben am Orte zu registrieren. In dieser Beziehung scheinen aber die meisten Kartelle noch zu versagen.

So sind z. B. die Angaben über die im Laufe des Jahres am Orte geführten Streiks völlig unzureichend. Die Kartelle sollten von allen am Orte geführten Streiks Notiz nehmen, um durch das so gewonnene Material die Streikstatistik der Verbände ergänzen zu können. Die Centralvorstände verzeichnen die Streiks, welche von ihren Organisationen geführt werden, nicht aber die von anderen Gewerkschaften oder von Unorganisierten geführten. Eine Ergänzung der Streikstatistik nach dieser Richtung ist also notwendig.

Nach den eingelaufenen Berichten besaßen ein Gewerkschaftshaus 19 Orte und zwar: Berlin, Blankenburg*, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Feschenheim*, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Hanau, Kronach, Ludwigsburg a. W.*, Mannheim, Offenbach a. M., Ratingen*, Stralsund, Stuttgart und Wismar.*

Daß in den mit einem * bezeichneten Orten tatsächlich von den Gewerkschaften errichtete und unterhaltene Gewerkschaftshäuser bestehen, ist jedenfalls fraglich; jedoch läßt sich aus dem, uns von den betreffenden Gewerkschaftskartellen zugegangenen Material nichts anderes entnehmen. Die diesbezügliche direkte Frage ist in den Fragebogen bestimmt mit „ja“ beantwortet.

Central-Arbeitsnachweise sind in nachstehenden Orten vorhanden: Bayreuth, Berlin, Grimmitzschau, Forst i. L., Böhneck, Rosenheim, Schmölln S.-A. und Zerbst.

Ein Auskunftsbureau unterhalten 103 Kartelle, einen Versammlungsaal 77, eine Centralherberge 29 und 160 haben eine Herberge beim Gastwirt unter ihrer Kontrolle.

Eine gemeinsame Bibliothek wird von 165 Kartellen unterhalten, ein Lesezimmer haben jedoch nur 24 Kartelle eingerichtet und zwar die in Bayreuth, Berlin, Diebrich a. Rh., Celle, Charlottenburg, Emmendingen, Erfurt, Erlangen, Forst i. L., Halberstadt, Lahr (Baden), Lambrecht, Mannheim, Minden i. W., Nauen, Posen, Reichenbach i. W., Ruhla, Schwemingen, Soest, Spremberg, Stralsund, Stuttgart, Zirndorf. Im Jahre 1901 waren es erst 11 Kartelle, welche, dem Lesebedürfnis und Bildungsdurst der Arbeiter Rechnung tragend, Lesezimmer unterhielten. Daß die Zahl sich mehr als verdoppelte, ist ein erfreuliches Zeichen. Auffallend ist jedoch, daß bei Errichtung von Gewerkschaftshäusern nicht immer die Einrichtung eines Lesezimmers mit ins Auge gefaßt wurde. Nur in Berlin, Mannheim, Stralsund und Stuttgart sind Lesezimmer in den Gewerkschaftshäusern eingerichtet.

Ferner sind 19 Kartelle an öffentlichen Leseshallen beteiligt.

Von 55 Kartellen wird berichtet, daß sie teilnehmen an Vortragskursen und Vorträgen und 73 beteiligen sich an Volksvorstellungen, während 71 an sonstigen Einrichtungen, wie Weihnachtsbescherungen u. s. w. Anteil nehmen.

Die Kartelle in Altenburg S.-A., Blauen i. W., Suhl und Wiesbaden lassen auch den Ferienkolonien ihre Unterstützung zu teil werden und das Dresdner Kartell unterhält selbst, ohne kommunale Beihilfe, eine Warmehalle.

Daß die Pflege der Statistik nicht die genügende Beachtung erfährt, liegt wohl hauptsächlich daran, daß zu solchen Arbeiten nicht unerhebliche Mittel und auch brauchbare Kräfte vorhanden sein müssen. Und doch könnten die Kartelle sich auf diesem Gebiet erfolgreich betätigen.

Von 74 Kartellen wurden im Jahre 1902 insgesamt 91 Arbeitslosenzählungen vorgenommen und von 33 Kartellen wurden 34 sonstige Erhebungen, hauptsächlich die Organisationsverhältnisse am Orte betreffend, veranstaltet. Dagegen sind Enqueten über Wohnungsverhältnisse oder Haushaltsbudgets nicht veranstaltet worden.

Inbezug auf Förderung des Arbeiterschutzes weist die Statistik für 1902 gegenüber der von 1901 eine geringfügige Besserung auf. In letzterem waren von 104 Kartellen Beschwerdekommisionen zur Uebermittlung der Beschwerden abhängiger Arbeiter an die Gewerbeinspektion eingerichtet, während 1902 131 solcher Kommissionen vorhanden waren. Nun werden diese Beschwerden wohl in vielen Orten von dem Kartellvorstehenden zur Weiterbeförderung übernommen, jedoch zeigt uns die Statistik, daß hier bei vielen Kartellen noch Lücken auszufüllen sind. Besonders aber gilt dies bezüglich der Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen. Manche vollberechtigte Beschwerde der Arbeiterinnen unter-

bleibt, weil diese sich scheuen, dem Manne gegenüber, der zur Entgegennahme der Beschwerden eingesetzt ist, die Dinge so zu schildern, wie sie sind und wie sie der Geschlechtsgegner gegenüber geschildert würden. Die Kartelle müssen diesem Umstand Rechnung tragen und eine weibliche Vertrauensperson einsetzen, damit der an sich geringfügige gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen zur Durchführung gelangt.

Die Agitation, welche ganz besonders eine den Kartellen obliegende Sache ist, wird keinesfalls in der Weise und besonders in dem Umfange betrieben, wie dies geschehen müßte. Es wurden im Jahre 1902 855 berufliche und 629 allgemeine Arbeiterversammlungen von den Kartellen einberufen. Von 146 Kartellen wurde keine allgemeine und von 68 Kartellen überhaupt keine Versammlung einberufen. Die Kartelle erfüllten ihre Pflicht nach dieser Richtung keineswegs und es wäre zu wünschen, daß die Agitation in den Kartellen besser gefördert würde.

Die Agitation unter den Arbeiterinnen läßt noch besonders viel zu wünschen übrig. Nur in 16 Kartellen bestehen Arbeiterinnen-Agitationskommissionen. Diese Orte sind nur zum Teil solche, in denen eine bedeutende Zahl Arbeiterinnen beschäftigt ist. In einer großen Zahl von Orten mit zahlreicher weiblicher Arbeiterschaft haben die Kartelle eine Arbeiterinnen-Agitationskommission einzusetzen bisher noch nicht als notwendig erachtet.

Die Einrichtung eines Referentennachweises ist zur Förderung der Agitation sehr dienlich. In den großen Städten wird sehr viel Zeit und Mühe gespart, wenn die Bestellung der Referenten für die Versammlungen von einer Stelle aus geschieht. Diese Vermittlung von Referenten durch die Kartelle geschieht in: Altona, Augsburg, Bayreuth, Bergedorf, Berlin, Braunschweig, Camstatt, Charlottenburg, Chemnitz, Delitzsch, Elberfeld, Schwege, Flensburg, Frankfurt a. M., Hamburg, Harburg a. E., Heidingsfeld, Kiel, Königsberg, Kronach, Leipzig, Lüdenscheid, Meß, Mühlhausen i. E., Neumünster, Nürnberg, Posen, Schwabach, Steglitz, Unna, Wandsbeck und Weisensfeld, also bereits in 32 Orten. Hierbei sei auch der vorbildlichen Einrichtung des Hamburger Gewerkschaftskartells gedacht, das den von seinem Referentennachweis vermittelten Rednern für etwaige aus ihrer Vortragstätigkeit sich ergebenden Prozesse Rechtschutz gewährt.

Arbeitersekretariate werden von den Gewerkschaftskartellen 28 unterhalten und zwar in Altenburg, Altona, Berlin, Bochum, Bremen, Breslau, Darmstadt, Dortmund, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Gera (N. j. L.), Göppingen, Gotha, Halle a. S., Hamburg, Harburg a. E., Kiel, Kronach, Landeshut i. Schl., Lübeck, Magdeburg, Mannheim, München, Nürnberg, Posen, Stuttgart, Waldburg i. Schl., Würzburg.

Die Kartelle in Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg, München und Stuttgart haben außerdem auch ein eigenes Gewerkschaftsbureau. Insgesamt werden 42 vollbesoldete Beamte beschäftigt, von denen 37 in den Sekretariaten und 5 in den Gewerkschaftsbureaus tätig sind. Ueber die Wirksamkeit, Einnahmen und Ausgaben, Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Beamten der Arbeitersekretariate ist eine besondere Statistik aufgenommen und in Nr. 26 des Corr.-Bl. Jahrg. 1903 veröffentlicht worden.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die neuesten Syndikatsnachrichten: Baumwollcorner, Spiritusring, Zuckersyndikate, Kohlsyndikat, deutscher Stahlwerkverbb., Kupferspekulationen, Petroleumtrust.

Jeder Tag weist von neuem darauf hin, wie sehr auf großen Wirtschaftsgebieten die alte individualistische Konkurrenz unter den Kapitalisten ausgeschaltet wird. Vor allem beim Angebot der Waren, aber auch oft genug bei der Nachfrage darvach, handelt es sich nicht mehr wie in der Regel früher um viele von einander durchaus unabhängige Produzenten und Händler. Gemeinsame Vereinbarungen halten vielmehr die früher auseinander und gegeneinander strebenden Elemente zusammen, bald in lockerer, vorübergehender Form, bald in fester, dauernder Vereinigung.

Blicken wir auf den Rohstoffmarkt, so finden wir z. B. im Augenblick den Baumwollring noch immer in Wirksamkeit. Hier handelt es sich allerdings nur um einen zeitweisen Zusammenschluß der maßgebenden Handelskapitalisten, um eine zeitweise monopolistische Beherrschung des Angebotes einer Ware. Solche Spekulationsverbindungen müssen vergänglich Natur bleiben. Aber wie fühlbar ist ihr Einfluß auf die Textilindustrie aller Länder. Das zähe Leben des Ringes erfährt eine außergewöhnliche Verlängerung durch die Verspätung der neuen amerikanischen Ernte, hauptsächlich durch Regengüsse, welche die Pflücke verzögern und auch den wahrscheinlichen Ertrag schmälern sollen. Im Vorjahre kamen Ende August schon tausende von Ballen Baumwolle täglich auf den amerikanischen Markt. Dieses Jahr rechnet man in England trotz aller Betriebs Einschränkungen in der Textilindustrie mit der Wahrscheinlichkeit, daß bis zum Ende der zweiten Septemberwoche die englischen Bestände auf 100 000 Ballen zusammenschrumpfen könnten, während vor dem 12. September kaum irgendwelche neue Rohstoffmengen zu erwarten sind.

Daß auch unsere Agrarier in der Syndikatsbildung bescheid wissen, zeigten sie soeben wieder beim Brauntwein und beim Zucker.

Die Centrale für Spiritusverwertung, an sich nur ein Verkaufsverband, hat ganz folgerichtig auch die Produktionsbeeinflussung auf ihr Banner geschrieben, um auf die Preise stärker und nachhaltiger wirken zu können. Unter den Außenleitern hat sie immer erfolgreicher aufgeräumt, so eben wieder durch Ankauf von Aktien der Berliner Spritfabrik und durch Vorbereitung der Stilllegung dieses Betriebs. Gleichzeitig sucht man die Brenner zu einer neuen Betriebsbindung zu bewegen, da die laufende diesjährige Produktions Einschränkung die Preise wesentlich gehoben und die Vorräte stark gelichtet habe. Die landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien sollen im demnächst beginnenden Brennjahre 1903/04 nur den Durchschnitt der Jahre 1896/97 bis 1900/01 erzeugen; eine Ueberschreitung des Produktionsrechtes soll bis zu 10 pSt. Ueberschuß mit 4 Mark pro Hektoliter, darüber hinaus mit 10 Mk. gebüßt werden. Eine weitere Klausel sucht die Brenner auch für die Folgezeit festzulegen: „Die Beitrittsanmeldungen sind mit einer Erklärung ausgestattet, durch welche die Verpflichtung zur Produktionsbindung sich selbsttätig stets um ein Jahr verlängert, falls nicht bis zum 1. Juli eines Jahres seitens des Brenners eine Kündigung für das nächste Brennjahr erfolgt.“ Diese Kündigung würde keiner so leicht wagen, da der Ring jeden Beitretenden wie jeden Austretenden mit Namen veröffentlicht und die Brenner daran gewöhnt

hat, auf „reine Wäsche“ zu halten, und „Streitbrecher“ fürre zu kriegen.

Die Zuckerindustriellen haben gleichfalls ihre Syndikate erneuert, sowohl das der Rohzuckerfabriken wie das der Raffinerien — in anderer Form zwar wie früher, da die nunmehr in Kraft tretenden neuen Zoll- und Steuersätze infolge der Brüsseler Konvention dazu nötigten — und auch nach mancherlei Reibungen zwischen den beiden großen Zweigen der Produktion — aber doch mit voller Ausnutzung des verbliebenen Zollschutzes (von 2,40 Mk. für den Centner Raffinade) für den Inlandsabsatz. Wie beim Brauntwein, nur in viel höherem Maße, soll die Inlandsvertenerung natürlich abermals zur Unterstützung und Steigerung der Ausfuhr dienen.

Vom Kohlsyndikat gingen in den letzten Wochen die widersprechendsten Nachrichten um. Bis 15. September sollte die endgiltige Entscheidung über die Neugestaltung des Syndikats fallen (andernfalls läuft das alte Abkommen bis zum Ausgang des Jahres 1904). Man hatte sich auf allen Seiten auf die neue Auseinandersetzung und Anpassung gerüstet und im großen und ganzen schien mit der Zeit der Abschluß der Einigung günstiger zu werden. Wie so oft, haben sich jedoch im letzten Augenblick nochmals große Schwierigkeiten aufgetürmt. Große Unternehmungen, die nach dem Reichtum ihrer Kohlenlager und ihrer finanziellen Hülfsmittel besonders günstig dastehen, sollen mehr als je damit drohen, daß sie in Zukunft auf eigene Faust den Konkurrenzkampf führen würden, weil sie nur mit Siegen rechnen könnten. Vielleicht ist das alles nur Mache, um die Widerstrebenden gefügiger zu machen.

Dagegen wurde von großen Fortschritten der Idee eines Deutschen Stahlwerkverbandes berichtet. Krupp, die Dortmunder Union, der Bochumer Verein, de Wendel und Stumm und noch viele andere größte Unternehmungen sollen dafür gewonnen sein, vom 1. Januar 1904 ab, durch eine Aktiengesellschaft nach Art des rheinisch-westfälischen Kohlsyndikats, den Rohstoff- und Halbzeugabsatz zu festerer, einheitlicherer Organisation zu bringen, geordnete Beziehungen zu den Fertigverbänden und eine Regelung der Ausfuhr zu schaffen. Diese Centralorganisation müßte, wie wir schon früher einmal darlegten, nach allen Richtungen hin in den Eisengewerben Anstoß zu neuen Organisationsbildungen und zu Gegenmaßnahmen geben.

Auf dem Kupfermarkte, der besonders für unsere Elektrizitätsindustrie wichtig ist, klagte man wieder einmal über die „Willkür der amerikanischen Alique“, mit William Rockefeller an der Spitze. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber von sachmännlicher Seite geschrieben: „Seit dem Mai haben die nordamerikanischen Verschiffungen nach Europa eine auffällige Verringerung gezeigt. Gegenüber 12 965 To. im April und 12 514 To. im Mai betragen die Ankünfte in Europa nur 8473 To. im Juni, 7574 To. im Juli und 3955 To. in der ersten Hälfte August. Man versteht es also drüben vortrefflich, dem diesseitigen Markte nur soviel zuzuwenden, als der dringendste Bedarf, auf dessen Befriedigung die Umsätze in den letzten drei Monaten sich beschränkten, aufzunehmen vermag.“ Da auch Spanien und Portugal nur mäßig lieferten und die Vorräte in Europa nur gering zu sein scheinen — die Elektrizitätsindustrie ist erklärlicher Weise bei ihrer unsicheren Lage wenig zu großen Abschlüssen geneigt gewesen — so verfolgt man die Tätigkeit der New Yorker Spekulation mit großer Wachsamkeit.

Auch der Petroleummarkt scheint durch neue kapitalistische Vereinbarungen beeinflusst werden zu sollen. Die Standard Oil Gesellschaft soll von dem galizisch-österreichischen Petroleumsyndikat jährlich eine Minimallieferung ab österreichische Grenzstation zur Einfuhr nach Deutschland, übernehmen wollen; als Preisbasis werde der „jeweilige Hamburger Marktpreis“, vermindert um einen fixen Abschlag zum Ausgleich des Weitertransports, gelten; die Minimalmenge sei beträchtlich höher angenommen als der gesamte bisherige Petroleumexport von Oesterreich-Ungarn nach Deutschland betrug, dazu sei auch noch eine allmähliche Steigerung des Minimalbetrags in Aussicht gestellt. Die Meldungen klingen noch sehr widerspruchsvoll, und wir führen sie zunächst nur an, um das lehrwürdige Bild der Syndikats- und Trustbestrebungen zu vervollständigen. Denn soviel geht auch aus dem bisher Verlautbarten hervor, daß die mächtige Standard Oil Compagnie dem österreichischen Wettbewerb jede für Herrn Rockefeller und seine Kapitalverbündeten gefährliche Spitze abbrechen will.

Berlin, 31. August 1903.

Max Schippel.

Eine Kassenrevision.

Auch im Jahre 1902 hatten wir, wie der Hauptkassierer in Nr. 36 der „N.“ schreibt, wieder einige Fälle zu verzeichnen, in denen ungetreue Kassierer die ihnen anvertrauten Gelder für sich verwendeten. Es ist ganz richtig, wenn Gen. Herden schreibt, daß in den meisten derartigen Fällen die Schuld den Revisoren zuzuschreiben ist, da spielt z. B. oft eine gewisse Rücksichtnahme auf den Kassierer eine große Rolle. Man will es angeblich mit demselben nicht verderben und vermeiden, dem Kassierer durch eine außerordentliche unangemeldete Revision, wie sie das Statut vorschreibt, ein gewisses Mißtrauen entgegenzubringen. Bekanntlich nehmen aber nur die Kassierer es übel auf, deren Kasse nicht in Ordnung ist. Viele Revisoren glauben, wenn sie alle drei Monate den Abschluß unterschreiben, dann haben sie ihre Pflicht schon erfüllt und sehr oft muß sie noch der Kassierer drei- oder viermal auffordern, daß sie wenigstens dieser Mühe sich unterziehen. Wer trägt unter solchen Umständen die Hauptschuld, wenn Gelder unterschlagen werden? Gewiß die Revisoren.

Vor seiner Wahl zum Zahlstellenkassierer war wohl mancher der Gefallenen ein tüchtiger Genosse, aber er besaß eben nicht die erforderliche Charakterstärke. Wenig von dem ihm anvertrauten Gut zu nehmen fängt er an, ist er doch sicher, daß eine Revision nur auf seinen Wunsch kommt und dann wird einfach mal wieder Luft gemacht. So geht es weiter. Nicht selten treten aber mal mißliche Familien- oder Arbeitsverhältnisse ein und das genommene Geld kann nicht mehr ersetzt werden. Aus meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit möchte ich hier einen Fall anführen, der so richtig zeigt, wie es möglich ist, mitunter für den Verband zu retten, was zu retten ist. Es ist wohl schon längere Zeit her — Ende der achtziger Jahre, als wir noch zu den „Girischen“ gehörten — da wurde ich durch das Vertrauen der Genossen veranlaßt, in der neugegründeten Zahlstelle, damaliger Ortsverein, in N. . . . z. B. G. den Posten als Vorsitzender zu übernehmen. Der Kassierer T. . . . I wohnte eine halbe Stunde von N. entfernt; er hatte eine zahlreiche Familie und es wunderte mich, daß er fast jeden Tag abends ins Wirtshaus gehen konnte, denn sein Verdienst war auch

nicht besonders hoch. Nach und nach kam mir der Gedanke, ob wohl die Kasse des Ortsvereins diese noble Passion unterhalten müßte. Ich nahm mir vor, sobald wie möglich die Kasse zu revidieren. Als ich mein Vorhaben ausführen wollte, traf ich meinen Freund, der den Spitznamen Christus führte, nicht zu Hause. Ein nochmaliger Besuch bei ihm hatte denselben Erfolg. Am andern Tag wurde mir aber gesagt, daß Freund Christus zu Hause sei und sich nur bei meiner Anwesenheit verläugnen ließ. Mein Verdacht wurde durch dieses Verhalten bestätigt und nun galt es für mich, für den Gewerksverein noch soviel als möglich zu retten. Am kommenden Samstag teilte ich dem Kassierer mit, daß in der am Montag stattfindenden Ortsvereinsversammlung die Kasse revidiert werde, er möge Bücher und Kasse mit zur Stelle bringen. Es war diese Ankündigung nicht gerade eine Ueberraschung für ihn, aber es machte ihm anscheinend Kopfzerbrechen. Am Montag fiel es mir und meinen Kollegen nämlich auf, daß sich T. . . . I im Zimmer des Oberdrehers viel zu schaffen machte, wenn er dasselbe verließ, hatte er immer eine richtige Leichenbittermiene aufgesetzt. Am Montag abend zur bestimmten Zeit fanden wir das Geld und die Bücher in schönster Ordnung. Ich ließ mich jedoch nicht irre machen; Bücher und Geld an mich nehmend, sezte ich als weiteren Punkt auf die Tagesordnung: „Wahl eines Kassierers“. Freilich machte der abgesetzte Kassierer ein langes Gesicht, aber für mich war die Hauptsache, das Geld gerettet zu haben. Als am andern Morgen der Oberdrehler an meinem Plaze vorüberging, drohte er mir mit dem Finger und meinte: „Sie Schlaumeier, ich kann nun sehen, wo ich meine 73 Mk. herbekomme“. Erst später brachte ich in Erfahrung, daß sich T. das Geld nur für den Abend, von dem Oberdrehler geborgt hatte, um es am andern Tage wieder zu bringen, was ihm aber nach dem Vorgegangenen nicht möglich war. — Kommen, so möchte ich fragen, ähnlich geartete Fälle nicht öfters vor? Ganz gewiß!

Durch die Rässigkeit der Revisoren wird dieser Art Kassierer nicht selten noch Vorschub geleistet. Der Fall mit dem seinerzeitigen Kassierer Schiffner-Wunsiedel war dem Beschiedenen nicht unähnlich und wäre auch da dem Verbannte das Geld zu retten gewesen, wenn sich die Revisoren das Geld bei der Revision hätten zeigen lassen. Aber Sch. war schon einige Jahre Kassierer und seine Kasse hatte immer gestimmt. Aber auch diejenigen Mitglieder, welche jahrelang ihre Bücher in seinen Händen ließen, tragen die Schuld mit daran. Dadurch, daß er dieselben nicht abstempelte, konnte er die dem großen Diebstahl vorausgegangenen kleineren verschleiern. Die Revisoren können dem Verbannte sicherlich viel nützen, aber auch ebenso schaden, wenn sie nicht tüchtig auf dem Posten sind.

N. T.

Aus unserem Berufe.

Aus Darmstadt geht uns ein längerer Bericht über die dort in der Herdfabrik Gebr. Koeder schwebenden Differenzen zu, auf den wir in nächster Nummer zurückkommen werden. Nochmals seien jedoch alle Kollegen daran erinnert, daß 7 Malern gekündigt wurde. Die Kollegen werden daher wissen, was sie zu tun haben. Ein fremder Maler, der bei den jetzigen Preisen nicht einmal täglich 2 Mk. verdienen dürfte, kann bei dem in Darmstadt herrschenden teuren Leben unmöglich auskommen.

Aus Meinstadt wird dem Volksblatt in Gotha berichtet: Ueber ein Jahr ist verfloßen, seit der große Kampf zwischen den Porzellanarbeitern und den Fabrikbesitzern Gebr. Knoch und Heber und Co. entbrannte. Der Streik resp. die Aussperrung endete mit einer Niederlage der organisierten Arbeiter, das Gros hat Meinstadt verlassen, einige haben sich einen anderen Erwerb gesucht und eine Anzahl haben dem Verband den Rücken gekehrt und sind wieder in Gnaden aufgenommen worden.

Seit dieser Zeit ist wenig oder gar nichts aus den genannten Fabriken in die Öffentlichkeit gedrungen, heute aber können wir es nicht unterlassen, uns wieder einmal mit den idyllischen Zuständen bei Heber und Co. zu beschäftigen. Daß der den Arbeitern von den organisationsfeindlichen Kapitalisten aufgezwungene Kampf verloren ging, war dem ziemlich starken Zuzug vollständig indifferenter Arbeiter aus der Gegend von Eisfeld zu danken. Und was es für Menschenmaterial war, welches den Helfer in der Not machte, ist schon oft erörtert worden. Auch die Herren Fabrikanten wissen es genau, gebrachte doch Herr Heber erst vor kurzer Zeit den Ausdruck: „In meiner Fabrik arbeiten lauter Tollköpfe.“ Wie vorauszusehen, haben diese Leute aber auch recht bald von Herrn Heber ihren Dank bekommen. Abgesehen davon, daß nicht lange, nachdem diese Streikbrecher in der Fabrik ihren Einzug gehalten, eine ganz erhebliche Reduktion der Löhne eintrat — offenbar der Hauptzweck des ganzen von den Unternehmern vom Zaun gebrochenen Kampfes —, auch sonst ist die Behandlung eine solche, wie sie sich so leicht kein organisierter Arbeiter bieten läßt. Unter andern kam es vor wenigen Tagen vor, daß ein gewisser Arbeiter Giel aus Schneit-Järebach bei Eisfeld (es ist derselbe, der auch den Kollegen in Teltau in den Rücken fallen wollte) seinen Lohn erhalten hatte und gegen mittag nach Hause fahren wollte, vom Buchhalter und einem Kontoristen vom Bahnhof wieder in die Fabrik zurückgeholt wurde, um seine Arbeit fertig zu machen. Wegen ein paar lumpigen Pfennigen für unfertige Arbeit traut das Geschäft seinem Herausreißer nicht über den Weg. Wir können es ja einesteils der Betriebsleitung nicht verdenken, daß sie so vorgeht, andernsteils geschieht es solchen Arbeitern auch recht, da diese Elemente zu jeder Schwinderei fähig sind. Aber trotz alledem hegt und pflegt das Unternehmertum solche Elemente, rechtlich geschaffene gewissenhafte Arbeiter aber fliegen auf das Straßenpflaster.

Sehr wünschenswert wäre es, wenn Polizei und Fabrikinspektor sich einmal die Zustände der Heberschen Fabrik betrachteten. Da ein Teil der Arbeiterinnen in der Fabrik ihre Schlafräume haben, da sie nur alle acht Tage einmal nach Hause fahren, kann man abends gegen 10 Uhr in der Nähe der Fabrik recht nette Zustände beobachten. Die Organisation der Arbeiter strebt darnach, die Arbeiter und Arbeiterinnen in bezug auf Moral, Sittlichkeit und Menschenwürde auf eine höhere Stufe zu bringen, deshalb ist sie bei gewissen Kapitalisten so verhaßt. Sittlich tiefstehendes, der kapitalistischen Ausbeutung gegenüber aber desto gefügigeres Menschenmaterial ist diesen Kapitalisten viel angenehmer. Im übrigen sei noch hinzugefügt, daß die Firma Heber und Co. nahezu Stammgast auf dem Gewerbegericht geworden ist. Kommen doch von 22 seit Bestehen des Gerichts anhängig gemachten Fällen 18 auf obengenannte Firma. Auch über die Knoch'sche Fabri-

werden die Arbeitswilligen nicht so viel zu loben haben. Jedenfalls tun unsere Kollegen in Tettau gut, obige Zeilen den dortigen Arbeitswilligen zur Kenntnis zu bringen.

Raffau. Die Porzellanfabrik Dressel, Rißler u. Co. sucht in der letzten Nummer des „Sprechsaals“ „tüchtige Dreher, exakt arbeitend, für dauernde Stellung“. Um unsere Verbandsmitglieder vor unnötigen Schreibereien zu bewahren, wollen wir bemerken, daß bereits seit mehreren Jahren die genannte Firma unserer Organisation nicht besonders hold ist. Sie machte es sich zum Grundsatz, Verbandsmitglieder nicht einzustellen. So lautete es auch vor kurzem in einem Einstellungsschreiben an eins unserer Mitglieder: „Wir bemerken jedoch, daß wir nur solche Leute einstellen, welche dem berliner Verbands nicht angehören“. — Wir denken, unsere organisierten Kollegen kommen der Firma bei diesem Wunsche entgegen und vermeiden es, sich um eine Stelle bei Dressel, Rißler u. Co. zu bemühen. Nebenbei sei bemerkt, daß nach eigener Angabe der Firma Formner und Abgießer einen Wochenlohn von durchschnittlich ganzen 18 Mk. verdienen.

Mudolstadt. Die Firma Münch und Bagert hier ist in Liquidation eingetreten. Die Arbeiter wurden am Montag sofort entlassen. Da die Firma sich auf eine 14tägige Lohnentschädigung nicht einließ, müssen die Arbeiter das Gewerbegericht in Anspruch nehmen. Unter den Entlassenen ist nur ein Verbandsmitglied, die andern Arbeiter sind meistens solche, welche dem Verband, nachdem sie 13 Wochen und darüber, (32 Wochen beim Schäfer u. Vater'schen Streik) Unterstützung genossen hatten, den Rücken gekehrt haben.

Schlterbach. In der Wächtersbacher Steingutfabrik kribelt es schon seit geraumer Zeit und mehr wie einmal rief das schneidige Auftreten des Direktors Dr. Ehrlich den Widerspruch der organisierten Arbeiter hervor. Der Herr Direktor scheint nämlich eine unüberwindliche Abneigung gegen unseren Verband zu besitzen; eine Abneigung, die sich nach der Reichstagswahl noch gesteigert haben dürfte. Nach der Wahl trat nämlich Arbeitsmangel ein und dem Herrn Direktor schien die Gelegenheit günstig, in der Fabrik bauliche Umänderungen vorzunehmen und deswegen 12 Arbeiter, darunter 9 Verheiratete, die natürlich organisiert waren, aussetzen zu lassen. Sofort wurde in den Arbeiterkreisen der Gedanke maßgebend, daß Herr Dr. Ehrlich bei dieser Gelegenheit sein Wort, daß nach der Wahl „er wählen wolle“, wahr gemacht habe. Nichtsdestoweniger erklärte jedoch früher der Herr Direktor, daß er gegen den berliner Verband nichts habe. Diese Ansicht hat jetzt gewechselt. Da nämlich infolge der Leipziger Messe der Zeichner in der Kunstgewerbe-Abteilung einige Maler als Hilfskräfte braucht, bot der Direktor einigen organisierten Kollegen die Arbeit an, jedoch unter der Bedingung, daß sie aus dem berliner Verbands austreten müßten. Dieses Liebeswerben hatte keinen Erfolg; der Herr Direktor holte sich von unseren Kollegen einen Korb. Die Folge war darauf folgender Fabrikanschlag:

„In der Abteilung Neureuther werden 4 Maler für Kunstgewerbeartikel, pro Stunde 45 Pf., gesucht, im Falle späteren Auftrags wird dieser Lohn auch zugesichert. Obige Maler dürfen dem sozialdemokratischen Verbands der Porzellanarbeiter nicht angehören, doch bleibt es den Betreffenden frei, sich einer anderen Organisation anzuschließen. Im Falle sich keine

Maler melden, werde ich gezwungen sein, mir von außerhalb Maler kommen zu lassen.“

So, daß heißt doch wenigstens ehrlich von Dr. Ehrlich gesprochen. Warum denn immer aus seinem Herzen eine Mördergrube machen? Herr Dr. Ehrlich erklärt sich hier offen als ein Gegner unseres Verbandes; das ist uns lieber als die Abgabe aller möglichen schönrednerischen Zusicherungen und Beteuerungen. Können wir doch nun auch unsere Stellung darnach einrichten. — Selbstverständlich werden unsere Verbandsmitglieder dem Verlangen des Direktors Rechnung tragen und nicht nach Schlierbach gehen. Aber auch die Unorganisierten werden gut tun, sich die Reise in Dr. Ehrlich's Reich reiflich zu überlegen; denn schon arbeiten dort die Maler häufig nur halbe Tage. Und daß damit die Klagen der Arbeiter nicht erschöpft sind, werden wir wohl im Verlauf der weiteren Auseinandersetzungen, die uns mit dem Herrn Direktor bevorstehen, noch näher darlegen müssen.

In **Siegburg** blieb es in der Kunsttesserafabrik ebenfalls beim Alten. Ein zugereister Maler kam, sah sich die Preise an und verschwand schleunigst wieder. Auch bei den Formnern geht die Abzieherei los. Als dieselben bei den zwei Chefs vorstellig wurden, vertröstete man sie auf die Rückkehr des dritten Chefs, die aber auch nichts an der Sache änderte. Zwei Formnern wurde gekündigt. Damit sind die organisierten Kollegen sämtlich draußen. Auch über sonstige in dieser Fabrik herrschende Zustände, das Behren, die Behlänge betreffend, wurde geklagt. Von der Firma selbst ging uns noch in letzter Stunde ein Schreiben zu, in dem sie ihr Verhalten mit der Lässigkeit der Arbeiter entschuldigen wollte. Das ist die alte Geschichte. Jedenfalls thun die organisierten Kollegen gut bis auf weiteres die Fabrik in Siegburg zu meiden.

Von der Porzellanfabrik Stadt-Lengsfeld wurden vor kurzem Zirkulare an Interessenten versendet, deren Text mit folgendem Absatz beginnt: „Mit Gegenwärtigem teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir mit dem heutigen Tage der Vereinigung deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellanindustrie, G. m. b. H., als Mitglied wieder beigetreten sind. Es sei jedoch von vornherein bemerkt, daß uns der Verband in Preiskala I versetzte, also in die Reihe derjenigen Fabriken, die zu äußersten Minimalpreisen verlaufen dürfen, sodas uns Vergünstigungen auf weiße Gebrauchsgeschirre, ferner dekorierte Tafel- und Kaffee-Service, Tassen zc. eingeräumt sind.“ — Bekanntlich behauptet die obengenannte Vereinigung, nur darum zu bestehen, um die gegenseitigen Preisdrückereien zu unterbinden und die so viel im Porzellanfach geübte Schleuderkonkurrenz unmöglich zu machen. Nichts desto weniger kann jedoch die stadtlengsfelder Fabrik sich an die einzelnen Abnehmer mit der Empfehlung billigster Lieferung wenden; daß sie auf ihren Beitritt zur Vereinigung deutscher Porzellanfabriken verweist. — Wo mögen denn übrigens die „äußersten Minimalpreise“ anshören?

Tettau. Die 14. Woche ist es nun, seit die Tettauer im Auslande sich befinden. Mutig haben sie allen Gefahren und Unannehmlichkeiten dieses Kampfes ins Auge geschaut. Wir haben gesehen, mit welchen Mitteln gekämpft wurde von Seite des tettauer Unternehmers, wie man nichts unversucht ließ, um die vom Unternehmer auf die Straße Gesetzten auseinander zu reißen. Was in dieser Beziehung geleistet wurde, das wird den tettauer Porzellanern, ebenso unseren Brüdern draußen, nicht so leicht aus dem Gedächtnis

schwinden! Die Kollegen draußen, die für die Tettauer so manchen Nickel gesammelt, trotzdem sie selber unter dem Drucke der Unternehmer zu leiden haben, sie sollen nicht umsonst Opfer gebracht haben! Nicht eher werden die Tettauer die Fabrik wieder betreten, bis Dr. Birkner unser heiligstes Recht, das Koalitionsrecht, anerkennt. Nun hat man ja von jener Seite damit gerechnet, nach einem viertel Jahr würde die Verbandsunterstützung aufhören, auch unsere Kollegen draußen würden für die Ausgesperrten nichts mehr geben, aber damit hat man sich nun gründlich wie so oft schon verhasen. So lange die Tettauer außen stehen, so lange werden sie unterstützt und braucht sich Herr Dr. Birkner nicht einzubilden, daß auch nur einer von den aufs Pflaster Gesetzten um seine Gnade flehen wird. Ob die Wirtschaft mit den Arbeitswilligen noch lange dauern wird, wird ja die Zukunft lehren. Vorläufig fühlen sich diese Herren ganz wohl, wenigstens scheint es so. Sie geben sich die größte Mühe, ihren Freund und Gönner rauszuhelfen. Die ganze Gegend von Neustadt, Dessau, Schleusingen, seit neuerer Zeit auch Köppelsdorf, wird mit Werberbriefen überschwemmt, um dem Herrn Doktor Klausreißer zuzuführen. Wir wollen die Briefe, die in unser Bureau geflattert, nach und nach veröffentlichen. So wird von Tettau aus einem Gießer von einem hiesigen Arbeitswilligen nach Neustadt geschrieben:

Tettau, den 2. 9. 03.

Werter Kollege!

Wie ich erfahren habe, sind Euer Gießer alle fort draußen, wenn Ihr ja auch weg wollt und wißt nicht wohin, so könnt Ihr sofort bei uns eintreten wenn Ihr wollt, auf dauernde Lebensstellung und bei gutem Verdienst nicht unter 25 Mk. pro Woche. Geld bekommt Ihr zu Euerem Umzug soviel Ihr braucht, ich bin schon eingezogen. Also, wenn es Euch nicht mehr gefällt, so könnt Ihr sofort kommen. Hausarbeit für die Frauen giebt es auch, meine Frau hat in einer Woche 11 Mark verdient. Also bitte um gütigen Bescheid, ob Ihr kommen wollt, mir gefällt es sehr gut. Die Gießer sind auch alle hier bei uns!

Besten Gruß zeichnet Achtungsvoll

Fritz Berschneider

Porzellan-Maler Tettau i. Bayern.

Es lohnt sich nicht, diesem Werberbrief noch extra viel hinzuzufügen. Was jedoch die 25 Mk. pro Woche anbelangt, so können wir mit Leichtigkeit den Beweis führen, daß früher nicht soviel verdient wurde; doch geben wir zu, daß, wenn auch die Frau mit arbeitet, womöglich auch die Kinder, 25 Mark zu verdienen wären. Der Ausspruch, auch Hausarbeit für die Frauen giebt es, klingt ja besonders hübsch und verdient festgehalten zu werden. Wenn schon ein Arbeitswilliger, wie dieser Berschneider, zu diesem Mittel greifen muß, wo man sie doch in jeder Beziehung bevorzugt, so scheinen die Verhältnisse für die Herren Arbeitswilligen nicht so glänzend zu liegen, wie man glauben machen will. Die Frauenhausarbeit war trotz der jahrelangen schlechten Lage und wiederholten Lohnreduzierung in Tettau nicht Mode, soweit hatten es die Tettauer nun doch nicht kommen lassen. Man muß das Elend und den Jammer, der in so mancher Familie durch die Frauenhausarbeit verursacht wird, schon gesehen haben, um zu begreifen, wie schädlich diese Zustände sind. Gerade in der Gegend von Neustadt, von welcher alle die bisher nach Tettau gekommenen Arbeitswilligen her sind, herrschen diese Mißstände in ganz gräßlicher Weise. Auch die Neustädter verdankten ihre Niederlage den

selben Herren, die heute in Tettau bemüht sind, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. In Tettau nun werden diese „Kuchkollegen“ allerdings weniger Glück haben und sind wir Tettauer hierin vollständig ruhig. Wir wissen, wie wenig diese Leute qualifiziert sind und erinnern dabei nur an Deuzner und Möder, die, nachdem sie von Tettau fortgegangen wurden, in Freienorla zu Arbeitswilligen wurden. Dr. Birkner wird diese Leute ja nun noch einige Zeit behalten müssen, da er andere nicht bekommt; sie werden ihm jedoch teuer zu stehen bekommen. Sein letzter Weg ist ja nun, wie schon in der letzten Nummer berichtet, daß er an die verschiedenen Militärkommandos geschrieben hätte, um dort die entlassenen Reservisten als Arbeitswillige zu bekommen.

Wir ersuchen nun alle Verbandsmitglieder, sowie diejenigen, die ein Interesse an dem guten Ausgang des Kampfes haben, sich unverzüglich an die Entlassenen zu wenden und ihnen mitzuteilen, wie es gegenwärtig in Tettau steht. Wir sind überzeugt, Doktor Birkner wird auch darin wenig Glück haben. Nicht nur aber in dieser Beziehung, sondern auch immer und unermüdet dafür zu agitieren, daß kein Fremder uns in den Rücken falle, ersuchen wir unsere auswärtigen Kollegen, dann können wir dem Ausgange dieses Kampfes ruhig entgegensehen. W. St.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Abgelehnte Arbeitslosen-Unterstützung. Das Resultat der Abstimmung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für die Berliner Töpfer, soweit sie im Verband der Töpfer Deutschlands organisiert sind, stellt sich wie folgt: Es haben sich von 1309 abgegebenen Stimmen 762 für und 543 gegen die Einführung ausgesprochen. 4 Stimmen waren ungültig. Die erforderliche Zweidrittel-Majorität ist also nicht erreicht worden. Mit dem Fall der Arbeitslosenunterstützung tritt nun ein anderer Beschluß der 6. Generalversammlung in Kraft. Danach werden die wöchentlichen Beiträge ab 1. Oktober 1903 auf 35, 45 und 55 Pfg. erhöht.

* In Dänemark haben die Gewerkschaften und Krankenkassen zur Einführung einer Arbeiterlebensversicherung ein Übereinkommen mit der Staatsanstalt für Lebensversicherung getroffen. Als Verbindungsglied zwischen der Staatsanstalt und den Versicherten soll eine Arbeiterlebensversicherungsgesellschaft dienen. Diese Gesellschaft zahlt die Prämien für die Versicherten, die sie selbst in Wochenraten entrichten, halbjährlich im voraus an die Staatsanstalt, wodurch außer einer Herabsetzung der Prämien erreicht wird, daß die Versicherung bereits am Mittag des ersten Versicherungstages in Kraft tritt. Die Gesellschaft wird außerdem einen besonderen Fonds ansammeln, der dazu bestimmt ist, die Versicherungen in Fällen von großen Arbeitsstörungen, bei Streiks und Aussperrungen aufrecht zu erhalten und ebenso in solchen Fällen, wo ein Versicherter infolge von Invalidität oder anderer unverschuldeter Ursachen wegen außer Stande ist, seine Prämien zu zahlen.

* Internationale Streikstatistik. Der Gastrow'sche „Arbeitsmarkt“ schreibt: Trotz der nicht unerheblichen Verschlechterung des Beschäftigungsgrades in der Mehrzahl der Industrieländer hat die Streikbewegung im Juli sich wieder bedeutend lebhafter gestaltet. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen begannen 103 Streiks gegen 83 im Juni. Die Steigerung ist vor

allem auf die Zunahme der Streikfälle in Deutschland und in Frankreich zurückzuführen, während in England weniger Streiks begangen haben als im Juni. Auch die Zahl der Beteiligten ist in England von 5601 auf 5132 zurückgegangen, während sie in Frankreich von 3763 auf 6929 gewachsen ist. Die Lebhaftigkeit der internationalen Streikbewegung im Juli ist aber hauptsächlich durch Ausbrüche der Unzufriedenheit der Arbeiter in Spanien und Rußland hervorgerufen worden. Im Laufe des Juli fanden in mehreren spanischen Städten zahlreiche kleinere Streiks statt, die die Arbeiterorganisationen veranlaßten, unter Ausnutzung der erbitterten Stimmung der Arbeiter den Generalstreik zu proklamieren. Am 25. Juli wurden allenthalben Versammlungen abgehalten, die beschloßen, am 1. bzw. 3. August die Arbeit einzustellen, falls bis dahin nicht gewisse politische und gewerkschaftliche Forderungen erfüllt sein würden. In der Tat kam es denn auch anfangs August zu großen Ausständen in Sevilla, Saragossa, Alcoy und Barcelona. Noch größeren Umfang als die Bewegung in Spanien nahmen die Ausstände in Südrußland an. Am 15. Juli machte sich die Gärung der Arbeiter im Naphthabezirk in Baku durch eine Ausstandsbewegung Luft. Zuerst legten die Arbeiter der Maschinenfabriken und der mechanischen Werkstätten die Arbeit nieder, sie verhinderten gleichfalls die Arbeiter der Österrains und Petroleumfabriken weiterzuarbeiten. Eine Organisation der Arbeiter bestand nicht, es fehlte jede Disziplin und Leitung während der Streikbewegung, und bei der großen Verbitterung der Arbeiter wurden Ausschreitungen nicht vermieden. Sämtliche größere Betriebe mußten geschlossen werden. Auch die Eisenbahn konnte den Verkehr nicht aufrecht erhalten, nicht einmal die Abfuhr der Petroleumvorräte konnte erfolgen. Etwas später kam es zu großen Ausschreitungen in Kiew und Odeffa. In Kiew waren die Arbeiter aller Gewerbe solidarisch. Alle Betriebe wurden zum Stilliegen gezwungen. Der Güterverkehr auf den Eisenbahnen hörte auf, die Personenzüge liefen nur unter Schwierigkeiten, die Zeitungen konnten nicht mehr erscheinen; selbst die Wasserwerke würden nicht mehr funktioniert haben, wenn nicht der Betrieb von Soldaten aufrecht erhalten worden wäre. Da auch die Bäckereien vielfach geschlossen werden mußten, so stieg das Brot sehr schnell im Preise. Schon im Anfang des August war das Brot um 150 pCt. teurer als vor der Streikbewegung. In Odeffa begannen die Hafenarbeiter den Ausstand. Die Dampfer mußten ohne Ladung abgehen; der Handel in den südlichen Häfen war zeitweilig gänzlich unterbunden. In den Vereinigten Staaten hat die Streikbewegung entsprechend dem Rückgange der Konjunktur nachgelassen. Von Bedeutung war nur ein kurzer Kohlenarbeiterstreik in Alabama.

* In Mannheim wurde der Generalstreik der Heint. Lang'schen Maschinenfabrik beendet, ohne daß die Arbeiter einen wesentlichen Erfolg erreicht hätten. Die Firma lehnte brüst jedes Entgegenkommen ab und die Arbeiter wandten sich an den badischen Gewerbeinspektor Dr. Bittmann um Vermittlung. Dieser Herr, von dem man sofort bei seinem Amtsantritt nicht annahm, daß er zu sehr in den Bahnen Bönishoffers wandeln würde, hat auch bei dieser Gelegenheit jene Vermuthung durchaus bestätigt. Der Beamte stellte sich voll auf Seite der Arbeitgeber. — In Arbeitgeberkreisen ist über diesen Ausgang eitel Freude. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ behandelt den Streik als eine „Kraftprobe“ der Arbeiter, und ein Fabrikdirektor Volze be-

glickwünschte in der Presse sogar den Kommerzienrath Lang, daß er die Arbeiter zurückgewiesen habe, denn „schenkt Du ihnen den kleinen Finger, so verlangen sie gleich die ganze Hand“, und „wenn heute die Schmiede befriedigt sind, so werden bald die übrigen Betriebe nach einander kommen und ihren Antheil am Raube verlangen. — Die Bezeichnung „Raub“ kann folgerichtig nur auf den Unernehmergewinn bezogen werden. Die Offenheit, mit der dieser Herr Fabrikdirektor seiner wahren Auffassung über die Natur des Unernehmergewinns Ausdruck giebt, ist immerhin bemerkenswerth. Warum aber verargt der Herr es den Arbeitern so sehr, wenn sie das Geraubte zurückverlangen?

* Der Deutsche Schuhmacherverein konnte dieser Tage auf sein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Ende August im Jahre 1883 wurde auf einem Kongress in Goltha die Organisation unter dem Namen „Unterstützungskasse deutscher Schuhmacher“ gegründet, als dessen Hauptzweck Arbeitsnachweis, Reise- und Arbeitslosenunterstützung gedacht war. Im Jahre 1887 wurde der Name in „Verein deutscher Schuhmacher“ umgeändert. Im Gründungsjahre hatte der Verein 757 Mitglieder in 45 Zahlstellen und im Jahre 1890 hatte er es auf 14109 Mitglieder in 217 Zahlstellen gebracht. Dann kam wie bei den meisten Organisationen auch bei den Schuhmachern der Rückschlag, bis zum Jahre 1895 waren nur etwas über 9000 Mitglieder vorhanden. Von da ab ist die Mitgliederzahl fast stetig, wenn auch nur langsam gestiegen. Zur Zeit zählt der Verein 24781 Mitglieder in 249 Zahlstellen.

* Ein Kongress nicht sozialistischer deutscher Arbeiterverbände wird am 25. und 26. Oktober d. J. in Frankfurt a. M. stattfinden. Es scheint sich diese angesagte Versammlung zu einer Generalschau der Tischtucherschneider gestalten zu sollen. Heißt es doch in dem deswegen erlassenen Aufruf: „Wir wollen in einer machtvollen Kundgebung beweisen, daß hunderttausende von organisierten deutschen Arbeitern und Gehilfen, die treu zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Land stehen, in geschlossener Einheit sich zusammenfinden, um die vorstehenden Forderungen bei den Regierungen des Reichs und der Einzelstaaten geltend zu machen.“ Zu diesem Zwecke haben sich angeblich schon 22 Verbände mit 50000 Mitgliedern — die den christlichen, nationalen und „unabhängigen“ Berufsorganisationen angehören — zur Teilnahme an dem Kongress verpflichtet. Um nun auch etwas praktische Arbeit zu liefern, will man Beschlüsse über das Koalitionsrecht der Arbeiter, die Vereinsgesetzgebung, dann über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und die Errichtung von Arbeiterkammern fassen. — Da die guten Leute so fest zu „Kaiser und Reich, zu Fürst und Land stehen“, dürften ihnen wohl ihre Wünsche mit Leichtigkeit bewilligt werden; denn nach einer Kaiserrede sollen ja dem monarchentreuen, von der Sozialdemokratie sich abwendenden Arbeiter die Erfüllung seiner „berechtigten Wünsche“ nicht versagt werden. Oder wird trotz aller „Waterlands-, Reichs- und Fürstentreue“ dieser zweite Sammelruf der Tischtucherschneider das gleiche Echo finden, wie es dem ersten bei den Reichstagswahlen schon zu teil wurde?

Vermischtes.

— Zu Minden in Westfalen hat die Regierung angeordnet, daß die Schulkinder mit dem Wefen des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes bekannt gemacht werden

sicht, daß das Komitee nur aus Arbeitern und Arbeiterorganisationen bestehen soll. Unsere Arbeiterpartei soll nicht von Leuten der Mittelklasse beherrscht werden (d. h. Sozialisten, die nicht aus der Arbeiterschaft hervorgingen; sollen vom Komitee fern gehalten werden). Dann bin ich gegen strenge Unabhängigkeit von den übrigen politischen Parteien. Ich kann wohl begreifen, was Unabhängigkeit und Zusammengehen mit anderen Parteien bedeutet, aber Unabhängigkeit und Isolierung kann ich nicht begreifen. Wir müssen weit-herzig sein. Ich bin gegen Klassenkampf; wahres Menschentum kennt keine Klassen; alle Menschen sind Brüder."

Diese Ansicht von Mr. Hornidge werden ohne Zweifel von den älteren Arbeiterführern geteilt. Sie sind Nachklänge der liberalen Periode Gladstones.

Die Delegierten traten sodann in die Diskussion der verschiedenen Resolutionen ein. Zuerst kam die Zollpolitik. Der Kongreß war sich darüber einig, daß der Freihandel aufrecht zu erhalten sei. In der Diskussion dieser Frage wurde auch der deutschen Arbeiter gedacht, die sich am 16. Juni gegen den Zolltarif ausgesprochen haben. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

"Der Kongreß verurteilt aufs schärfste die vorgeschlagene Aenderung der Zollpolitik, da sie die besten Interessen des Landes gefährdet. Wir verpflichten uns, keine Mühe zu scheuen, um die zollpolitische Aenderung zu verhindern."

Diese Resolution wurde auf Verlangen des Kongresses telegraphisch an Mr. Chamberlain abgeschickt. Hierauf kam es zur Besprechung der politischen Arbeitervertretung. Das Interesse der Delegierten an dieser Frage war merkwürdigerweise nicht so stark wie an der Zollpolitik. Gen. Peto Curran, der an den Kongreßverhandlungen einen sehr lebhaften Anteil nahm, legte folgende Resolution vor:

"Der Kongreß giebt seine herzlichste Zustimmung zur Politik des Komitees für Arbeitervertretung, wie sie auf dem letzten Kongreß in Newcastle niedergelegt wurde, und fordert die Gewerkschaften auf, dem Komitee beizutreten."

Bis jetzt gehören dem Komitee 127 Gewerkschaften mit 847 000 Mitgliedern an, ebenso die unabhängige Arbeiterpartei und die Fabier-Gesellschaft mit zusammen 14 000 Mitgliedern. Die größte Arbeiterorganisation Großbritanniens, der Verband der Bergleute, steht noch dem Komitee fern. Gen. Curran wurde von den übrigen sozialistischen Gewerkschaften tüchtig unterstützt. Sie sprachen mit vielem Takte über den Nutzen einer selbstständigen Politik der Arbeiterklasse. Dagegen legten die Delegierten der Maurer folgenden Zusatzantrag vor:

"Und der Kongreß ist der Ansicht, daß nur Arbeiter dem Komitee angehören sollen."

Der Zusatzantrag ist, wie man sieht, im Sinne der Präsidentenrede, d. h. gegen die Sozialisten gehalten. Für den Zusatzantrag sprach auch der Arbeiterabgeordnete und Sekretär der Eisenbahner, Mr. Bell. Zur Abstimmung gelangte zuerst der Zusatzantrag, der mit 209 gegen 53 Stimmen abgelehnt wurde. Sodann wurde über die Resolution des Gen. Curran abgestimmt. Die Resolution wurde mit 506 000 gegen 285 000 Stimmen angenommen. Wir haben also auf eine unabhängige Politik des Komitees zu rechnen. Die Gewerkschaften, die dem Komitee angehören, haben sich hiermit von den bürgerlichen Parteien losgelöst und den Beschluß

von Newcastle gutgeheißen. Dieser Beschluß lautete:

"Der Kongreß betrachtet es als absolut notwendig, daß das Komitee und die Führer der ihm angehörenden Gewerkschaften sich aller Verbindung mit den bürgerlichen Parteien strengstens enthalten, da wir den sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der industriellen Klasse nur dann gerecht werden können, wenn wir ohne Rücksicht auf die anderen Parteien unsere Politik aufbauen."

Neben der Zollpolitik und der politischen Arbeitervertretung nahm das Gewerkschaftsrecht die Aufmerksamkeit des Kongresses stark in Anspruch. Unsere Leser wissen bereits, daß die Lage der britischen Gewerkschaften dadurch gefährdet ist, daß man sie seit dem Jahre 1901 gemeinschaftlich verantwortlich machen kann für Ungeschicklichkeiten, die während eines Streiks vorkommen. Früher waren nur diejenigen Gewerkschaftler verantwortlich, die sich Ungeschicklichkeiten zu Schulden kommen ließen. Jetzt kann der Unternehmer die Rassen der Gewerkschaft angreifen. Dazu wurden die Gesetze über Streikpostenstellen und Verschönerung schärfer gefaßt, so daß es den Arbeitern kaum möglich ist, einen erfolgreichen Streik zu führen. Die Gewerkschaften arbeiteten eine Vorlage aus, die das alte Arbeiterrecht wieder herstellen sollte. Aber die Vorlage wurde am 8. Mai 1903 vom Parlament abgelehnt. Dem Kongreß lag nun über diesen Punkt folgende Resolution vor:

"Die kollektive Verantwortlichkeit der Gewerkschaften in Schadenersatz-Prozessen ist eine Gefahr für die Gewerkschaften. Wir betrachten die neuen richterlichen Entschiede als nicht im Geiste der Trades-Unionsgesetze von 1871 bis 1876. Wir beauftragen das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses, eine Vorlage zu entwerfen, die die kollektive Verantwortlichkeit beseitigt und die Gewerkschaften sichert. Ferner soll das Komitee die Gewerkschaftler auffordern, nur für diejenigen Parlaments-Kandidaten zu stimmen, die die Vorlage zu unterstützen bereit sind."

Der Kongreß war einstimmig der Ansicht, daß die jetzige Lage unekträglich sei, da die Gewerkschaften nicht mehr wüßten, was sie tun oder lassen dürften. Die Resolution wurde mit 284 gegen 5 Stimmen angenommen.

In Verbindung mit dieser Debatte stellte Genosse Hodge, der Sekretär der Stahlschmelzer, folgenden Antrag:

"Der Kongreß protestiert gegen die Ernennung einer Kommission zur Untersuchung der Gewerkschaftslage. Wir betrachten die Zusammensetzung der Kommission als eine Beleidigung der Arbeiterklasse. Eine Kommission, die das Gewerkschaftsleben untersucht und dennoch keinen einzigen Arbeiter zum Mitgliede hat, ist ungerecht und kann deshalb auf die Achtung der Arbeiter nicht rechnen. Der Kongreß fordert die Arbeitervertreter auf, keine Aussagen vor der Kommission zu machen, so lange ihre Zusammensetzung nicht geändert wird."

Die Resolution fand einstimmige Annahme. — Sodann sprach auf Antrag der Holzarbeiter von Belfast (Irland) der Kongreß einstimmig seinen Abscheu aus gegen die Niedermeglung von 30 000 Bulgaren durch die Türken in Macedonien, und forderte die Regierung auf, Schritte zu tun, um den Wirren auf dem Balkan ein Ende zu machen. Die Resolution wurde dem Premierminister und dem Staatssekretär des Aeußeren zugeschickt. Der Antrag von Tillet auf Einführung von obli-

gatorischen Schiedsgerichten nach australischem Muster wurde mit 899 000 gegen 259 000 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde eine Resolution angenommen, die einen weiteren Ausbau des im Jahre 1896 eingeführten Gesetzes betreffend Versöhnungsämter für nötig hält. Nach jenem Gesetze darf die Regierung nur dann in gewerbliche Streitigkeiten eingreifen und ein Versöhnungsamt einsetzen, wenn beide Parteien dies wünschen. Die jetzt angenommene Resolution will der Regierung das Recht geben, eine gewerbliche Streitigkeit zu unterstützen und zu diesem Zwecke Zeugen zu vernehmen und einen Bericht zu veröffentlichen, sobald eine Partei das Eingreifen der Regierung wünscht.

Ferner wurden Resolutionen angenommen betreffs Gewährung von Pensionen von mindestens 5 Mk. wöchentlich an alle Bürger und Bürgerinnen des Königreichs, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, über den Ausbau des Arbeitsamtes und die Ernennung eines Arbeitsministers, über Einführung einer demokratischen Schulreform und Errichtung internationaler Schiedsgerichte.

Damit war die Hauptarbeit des Kongresses erledigt. Die Verhandlungen und die Beschlüsse zeugten von einer tiefen Gärung unter den fortgeschrittenen Elementen der britischen Arbeiterbewegung. Die liberale Presse blickt mit Sorge auf diese Vorgänge, denn England wird im nächsten Jahre ohne Zweifel eine liberale Regierung erhalten, die an die Einlösung ihrer Versprechungen von den Arbeitern erinnert werden wird. Nur die "Daily News" sind etwas mutiger und suchen Trost in den deutschen Parteiverhältnissen. Das freisinnige Organ Londons sagt: "Wenn wir durch den Aufstieg der Arbeiterpartei in England etwas von dem, was man als Liberalismus bezeichnet, verlieren sollten, so wird uns dies nicht besonders betrüben, denn wir sehen, daß vieles, was am Liberalismus wertvoll ist, in Deutschland von der Arbeiterpartei hochgehalten wird; wir stimmen zwar mit der ökonomischen Grundlage der deutschen Arbeiterpartei nicht überein, aber ihr Geist ist es, der die menschliche Freiheit lebendig erhält."

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bekanntmachung.

Vom Militär entlassene Mitglieder treten nach § 6 Ziffer 5 Abs. 3 des Verbandsstatuts wieder in ihre alten Rechte ein, sofern sich dieselben **spätestens innerhalb 14 Tagen** bei dem früheren Zahlstellenkassierer melden. Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, die erfolgten Anmeldungen möglichst bald dem Verbandskassierer mitzuteilen, damit der entsprechende Vermerk in der Stammtrolle gemacht werden kann. Sofern Unterstützung oder Fahrgelder für die vom Militär entlassenen Mitglieder beantragt werden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Anweisungen so lange nicht gegeben werden können, als die Betreffenden beim Verbandskassierer noch nicht als vom Militär zurück gemeldet sind.

Für die Mitglieder des Beihilfefonds sind die Fragen des Aufnahmescheines innerhalb **14 Tagen** von neuem zu beantworten und der Aufnahmeschein an den Verbandskassierer einzusenden, andernfalls die Mitgliedschaft im Beihilfefonds erlischt.

Die Zahlstellenkassierer werden ersucht, die in Frage kommenden Mitglieder auf vorstehende Bekanntmachung hinzuweisen.

J. Schneider, Verbandschriftführer.

90. Vorstandssitzung vom 8. September 1903.

Bollmann befindet sich auf Reisen.
 In Mannheim = Neckarau, Fa. Rheinische Gummi- und Cellulosewaren-Fabrik sind sämtliche Maler gekündigt worden, nachdem dieselben sich weigerten, in Alford zu arbeiten, während bisher sämtliche Malerarbeiten in Zeitlohn verrichtet wurden. Beschl. wird, über diese Firma die Sperre zu verhängen; den Entlassenen wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 U.-N. bewilligt. Das Mitglied 31 536 Burghardt aus Altwasser, wird wegen unfolgsamen Verhaltens in dieser Angelegenheit nach § 5 Abs. 3 St. vom Verband ausgeschlossen. — In Darmstadt, Herdfabrik Röder, versucht ein unlängst dort eingetretener Betriebsleiter schon seit längerer Zeit, den Malern eine verlängerte Arbeitszeit aufzudrängen. Nunmehr ist den Malern durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß eine 30 bis 40 prozentige Lohnreduktion stattfinden soll und die Arbeitszeit um 1 Stunde verlängert wird. Beschl. wird, den Mitgliedern anheim zu stellen, sich zu weigern, für die reduzierten Preise zu arbeiten, und die Sperre über genannte Firma zu verhängen. — In Düsseldorf, Firma Josef Hohmann, Porzellanfabrik, drohen ebenfalls Differenzen auszubrechen, nachdem die Firma Unterhandlungen wegen Lohnstreitigkeiten abgelehnt und einige Maßregelungen vorgenommen hat. Der Vorstand erklärt sich mit den inzwischen vom Bureau gegebenen Verhaltensmaßregeln einverstanden und wartet weiteren Bericht ab; über die Firma Hohmann wird die Sperre verhängt. — Eine telegraphische Mitteilung von Bohne für auß wird vorläufig zur Kenntnis genommen und der in Aussicht gestellte schriftliche Bericht abgewartet. — Der Redakteur giebt zur Kenntnis, daß nach an ihn gelangter Mitteilung, in Siegburg die Maler wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit niedergelegt haben; auch hierzu muß weiterer Bericht abgewartet werden. — Von Berlin II wird mitgeteilt, daß die Fächermaler beabsichtigen, mit Forderungen an die Unternehmer heranzutreten; der Vorstand erklärt sich einverstanden damit und wartet weiteres vorläufig ab. — Ein Situationsbericht von Lettau ist mit Kenntnisnahme erledigt; den Mitgliedern 33 981 und 34 036 wird je 1 Mark wöchentlich Zuschuß aus freiwilligen Mitteln bewilligt. Ein weiterer Antrag, einigen Mitgliedern höhere Zuschüsse zu leisten, wird abgelehnt. Bezüglich einer Ausgabe, für welche nachträgliche Anweisung beantragt wird, soll diesbezügliche Rückfrage gehalten werden. — Von Breslau wird wiederholt beantragt, einen Vorstandsvertreter nach dort zu delegieren; beschloffen wird, diesem Antrage durch die Delegation des Schriftführers zu entsprechen. — Eine Zuschrift von Schlierbach wird zur Kenntnis genommen und soll entsprechend beantwortet werden. — Eine Zuschrift von Frankfurt a. M., den Arbeitsnachweis betreffend, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 27 946 Freienorla wird für weitere 4 Wochen Unterstützung bewilligt. — Die beantragte Unterstützung für das Mitglied 31 145 Dberhohndorf wird abgelehnt, indem Mitglied nach seinen eigenen Angaben gar nicht in der Lage ist, die im § 10 U.-N. gegebenen Voraussetzungen zum Unterstützungsbezug zu erfüllen. — Dem Mitglied 25 868 Bonn werden Fahr- und Umzugsgelder nach erfolgter Recherche bewilligt. — Dem Mitglied 32 160 Altwasser wird Unterstützung nach § 1 U.-N. (Selbstverschulden) abgelehnt. — Fahr- und Umzugsgelder für 30 644 Berlin II (Einzelmittglied) werden nach § 9 U.-N. abgelehnt. — Andreas Start, Köppelsdorf, wird mit 8 jähriger Straf-Karenzzeit in den Verband aufgenommen. — An der durch allgemeine Mitgliederabstimmung beschlossenen Statutenänderung des Beihilfefonds werden eintige redaktionelle Änderungen vorgenommen.
 G. Craay. J. Schneider.
 stellv. Vorsitzender. Schriftführer.

stehende Aufstellung zeigt, wie hoch sich die Beiträge in den Jahren 1901 und 1902 stellten.

Es hatten einen Jahresbeitrag von

	1901	1902
unter 10 Pfg.	4 Kartelle	7 Kartelle
10 "	14 "	12 "
11—19 "	12 "	13 "
20 "	102 "	113 "
21—39 "	18 "	25 "
40 "	81 "	102 "
41—59 "	6 "	5 "
60 "	40 "	40 "
61—79 "	3 "	3 "
80—100 "	8 "	6 "
104 "	3 "	2 "
120 "	7 "	17 "

Die gesamten Einnahmen der Kartelle, welche berichteten, betragen 272 394 Mk., die gesamten Ausgaben 285 468 Mk. Von den Einnahmen kamen 125 106 Mk. aus Beiträgen der Organisationen, 48 870 Mk. aus Ueberschüssen von Festen und sonstigen Veranstaltungen und 4850 Mk. aus Schriftenvertrieb. Nicht eingerechnet sind bei den Einnahmen die Beträge, welche für Streiks gesammelt wurden und welche insgesamt 62 037 Mark ausmachen.

Von den Ausgaben kamen auf Agitation 25 418 Mk., Vertreterwahlen 10 935 Mk., Statistiken und Erhebungen 9875 Mk., Herberge und Arbeitsnachweis 11 660 Mk., Gewerkschaftshaus und Versammlungsraum 28 011 Mark, Sekretariate und Auskunftsbureaus 22 548 Mark, Bibliothek und Leshallen 15 136 Mk., gemeinnützige Einrichtungen 6714 Mk., Gehälter und Entschädigungen 38 318 Mk., Miete und sächliche Verwaltung 38 269 Mk., Streiks am Orte 8126 Mk. und auswärtige Streiks 5897 Mk.

Von den 368 berichtenden Kartellen unterstützen 314 Streiks. 45 Kartelle besitzen ein Streikreglement. Die Streikunterstützung wird in den meisten Fällen durch Sammlungen aufgebracht und der Ertrag dieser Sammlungen belief sich im Jahre 1902 auf 62037 Mk., wovon 60 739 Mk. an Streikunterstützung ausgezahlt wurden. Außerdem wurden aus den Kartellkassen noch insgesamt 14 023 Mk. für Streikunterstützung aufgewandt.

Um eine Uebersicht darüber zu erlangen, in welchen Orten die Gewerkschaften mit gegnerischen Organisationen zu rechnen haben, wurde den Kartellen auch die Frage nach der Existenz Hirsch-Dunckerscher und christlicher Kartelle gestellt. Das Ergebnis dieser Anfrage ist sehr mangelhaft. Es sind danach 128 Ortsverbände der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit 495 Vereinen und 32 christliche Kartelle mit 91 Gewerkschaften gezählt. Von den Gewerkschaften ist in einem Orte (Düsseldorf) und von den christlichen Gewerkschaften sind in 8 Orten Sekretariate errichtet. Nach einer vom Centralrat der Gewerkschaften veröffentlichten Zusammenstellung waren 1902 199 Ortsverbände mit 1257 Ortsvereinen vorhanden. Diese hatten eine Gesamteinnahme von 15 531 Mk. und eine Gesamtausgabe von 16 294 Mk. zu verzeichnen; stehen also auch auf diesem Gebiete sehr weit hinter unseren Gewerkschaften zurück.

Von dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften wird die Zahl der Ortskartelle auf 43 angegeben. Nähere Angaben liegen von dieser Seite nicht vor, man darf wohl annehmen, daß diese Kartelle fast ausnahmslos ohne Bedeutung sind.

Wenn unsere Gewerkschaftskartelle die Lehren, die aus der Statistik zu ziehen sind,

beherzigen — und daß dies geschieht, darf man wohl voraussetzen — dann können sie wesentlich dazu beitragen, die Arbeiter, welche heute noch in dem Glauben befangen sind, ihre Sonderorganisationen würden jemals imstande sein, einen Einfluß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse auszuüben, von ihrem Irrtum zu befreien.

Die Statistik bietet den Kartellen in reichem Maße Anhaltspunkte für ihre Betätigung und von allen Gebieten, auf die sich die Wirksamkeit der Kartelle zu erstrecken hat, ist es die Agitation, der eine weit größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet werden muß. Auch in den kleinsten Orten, in welchen wegen Mangel an Mitteln und geeigneten Kräften von anderen Unternehmungen abzusehen ist, bietet die Agitation, die Abhaltung von Versammlungen, Gelegenheit zu nutzbringender Betätigung. An Stoff zur Behandlung in den Versammlungen fehlt es nie, dafür sorgen unsere Gegner, sorgen die Unternehmer und die Behörden.

Die Gewerkschaftskartelle haben sich bisher als nützliche Glieder der Gewerkschaftsbewegung erwiesen und je mehr sie sich ihrer Aufgaben bewußt werden, desto segensreicher wird ihre Tätigkeit für die gesamte moderne Arbeiterbewegung sein.

Aus unserem Berufe.

Da in **Schlierbach** ernsthafte Differenzen, die durch das gegen unsere Organisation herausfordernde Benehmen des Direktors Dr. Ehrlich eingeleitet werden, bevorstehen, seien die Kollegen von der Arbeitsannahme in der Wächtersbacher Steingutfabrik abgeraten.

Darmstadt. Schon seit dreiviertel Jahr schweben in der hiesigen Herdfabrik, Gebr. Röder, Differenzen zwischen dem neuangestellten Direktor Schäfer und den Malern. Seit November 1902 ist der Direktor, der vorher in Westfalen (Hamm u. Herne) tätig war, hier angestellt. Der Herr hat es sich allem Anschein nach zur Aufgabe gemacht, neue (für die Arbeiter schlechtere) Einrichtungen zu schaffen. So wurden neue Herdtüren angefertigt; die Folge davon war Arbeitsmangel trotz gutem Geschäftsgange. Darnach ging der Direktor auch daran, die Herde billiger herstellen zu lassen. Natürlich ging es zuerst bei den Malern los. Diese hatten sich schon vor 8 Jahren die neunstündige Arbeitszeit errungen, man wollte das jetzt ändern. Im Februar d. J. gab daher der Direktor die Bestimmung heraus, daß vom 1. April ab die zehnstündige Arbeitszeit in Kraft tritt. Sämtliche Maler, sowie der Obermaler, erklärten einstimmig, dies ablehnen zu müssen. Am 1. April kamen alle, nicht wie bestimmt war um 6 Uhr, sondern um 7 Uhr zur Arbeit. Die Maler, darüber zur Rede gestellt, erklärten dem Direktor, die zehnstündige Arbeitszeit nicht anzunehmen. Der Direktor trat nun von seinem Vorhaben zurück; er hatte dabei die Absicht, bei zehn Stunden würde mehr verdient und er könnte dann von den Preisen abziehen.

Von den Malern abgewiesen ging er nun vor einigen Wochen an die Herdschlosser, bei denen er auch Glück hatte, da dieselben nicht alle organisiert sind; er reduzierte bei allen Herden die Preise bis auf die Hälfte. Nur einige Schlosser hörten deswegen auf. Von auswärts kamen neue Schlosser und die Herde werden jetzt um die Hälfte billiger gemacht. Durch diesen Erfolg bei den Schlossern ermutigt, wandte sich der Direktor nun wieder an die Maler und zwar in folgender bündigen Weise. Seit Dienstag, den 1. September

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1902.

III.

Einnahmen und Ausgaben der Kartelle.

Von 360 Kartellen, welche über ihre Einnahmen und Ausgaben Bericht erstattet haben, erheben 345 einen festen Beitrag pro Kopf der Mitglieder der angeschlossenen Organisationen, 5 Kartelle decken ihre Ausgaben aus freiwilligen Beiträgen, 3 durch Umlegen und 7 in anderer Weise.
 Die Höhe des Jahresbeitrages ist nach den Einrichtungen, welche die Kartelle beschaffen haben, sowie auch nach der Zahl der Mitglieder, welche zu der Erhaltung dieser Einrichtung beisteuern, sehr verschieden. Nach-

standen die Maler wieder mit dem Direktor in Unterhandlungen, welche zu keinem Resultate führten, er ließ sich auf nichts mehr ein. Der Obermaler, der auf die Bedingungen des Direktors nicht einging, wurde gekündigt. In der Malerei wurde eine Preisliste ausgehängt, nach der die Preise bis auf die Hälfte reduziert waren. Es war folgende Bekanntmachung zu lesen:

„Vom 21. September ab treten die neuen Preise und die zehnstündige Arbeitszeit in Kraft. Wer mit diesen Anordnungen nicht einverstanden ist, wolle rechtzeitig kündigen.“

Samstag, den 12. September traten die Maler nochmals mit dem Direktor in Unterhandlungen, um eine friedliche Einigung zu erzielen. Da derselbe aber starr und fest auf seinem Standpunkt stehen blieb, erklärten die Maler dem Direktor einstimmig, die neuen Preise und die zehnstündige Arbeitszeit nicht anzuerkennen. Darauf wurden nun sämtliche Maler (7) gekündigt. Der Kampf wurde uns aufgezwungen. Wir appellieren daher an das Solidaritätsgefühl sämtlicher Kollegen. Wolle jeder die Roeder'sche Herdfabrik mit Arbeitsangeboten verschonen und da auch die hiesige Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes in dieser Sache mit eingreifen will, ist ein günstiger Ausgang dieses Kampfes um so eher zu erwarten.

Tettau. Nachdem die Aussperrung nun bereits über ein Vierteljahr andauert, wollen wir in kurzen Auszügen unseren auswärtigen Kollegen ein Bild über den Stand der Aussperrung geben, wieviel aus den eigenen Reihen abgefallen sind und wieviel von auswärts kamen und hier Arbeit nahmen:

besser bezahlt wurden wie in Tettau. Von den 15—16 Blaumalern hat Birkner glücklich 2 Mann — darunter ein Achtzigjähriger — wieder erhalten, von auswärts kam keiner. Auch hierin wird die Firma mit großem Schaden zu rechnen haben, zumal die Kunden ihre Bestellungen anderweitig machen werden und auch ein angeblich unternommener Versuch, mit der Schablone zu arbeiten, keinen Erfolg brachte. Dasselbe Verhältnis wie bei den Malern herrscht auch bei den Drehern. Nur bei den Gießern ist es ein wenig anders, da sich von auswärts 9 Arbeitswillige eingefunden haben und zwar sämtlich aus Thüringen. Doch auch dieses Verhältnis fällt bedeutend zu Ungunsten der Firma aus. Ebenso hat die Firma ihre alten tüchtigen Brenner und Schmelzer verlieren müssen. Von den weiblichen Arbeitern hat sie ebenfalls eine große Anzahl ihrer eingearbeiteten Kräfte verloren; so sämtliche Gießerrinnen, eine große Anzahl Malerinnen und Hilfsarbeiterinnen. Ein großer Teil derselben ist bereits anderweitig in Stellung, das selbe dürfte in nächster Zeit mit den noch am Orte befindlichen werden. Ebenso mit den Malern.

Kurz und gut, sieht man sich die Verhältnisse und Umstände genau an, so wird man zugeben müssen, daß, wenn die Firma auf einen ehrlichen Friedensschluß nicht dringt, für lange Jahre hinaus das Geschäft erheblich geschädigt ist. Auf einiges glauben wir noch eingehen zu müssen. Während der 14wöchentlichen Dauer der Aussperrung sind gegen unsere Leute 3 Anzeigen zum Austrag gekommen, die sämtlich mit ihrer Verurteilung endigten. In allen 3 Fällen sollen Aus-

tragten Strafmaß. Die drei Verhandlungen gaben ja klipp und klar wieder, wie man von Seiten der Firma bemüht ist, die Ausgesperrten als die Schuldigen und Missetäter hinzustellen, während die Sache unserer Ansicht nach gerade umgekehrt liegt. — Aber es wird dies jenen Herren nicht gelingen, trotz aller Mühe und Opfer. Man weiß es überall und hat es sogar an hohen Stellen schon ausgesprochen, daß die Haltung der Tettauer eine vorzügliche, ruhige sei. Und wir werden weiter kämpfen, ruhig und zuversichtlich, trotz aller Lügen, trotz aller Verleumdungen.

W. St.

Aus Düsseldorf wird über die jüngsten Vorkommnisse in der Hohmann'schen Fabrik geschrieben: In derselben ist vor zwei Monaten ein neuer Werkführer, Namens Brandt, eingetreten; er kam aus Stadtlengsfeld in Thüringen. Es scheint Genannter die Absicht zu haben, hier thüringische Verhältnisse einzuführen. Wer früher zu spät zur Arbeit kam, erhielt 25 Pf. Strafe. Jetzt wird derjenige, welcher zu spät kommt (das Tor wird 10 Min. nach 6 Uhr geschlossen), bis 9 Uhr ausgesperrt und noch obendrein mit 25 Pf. und höher bestraft. Bei Ueberformern wird jetzt Defekt abgezogen, was früher nicht der Fall war. Der neue Herr Werkführer hat sich sogar geäußert, bei öfterem Vorkommen den Defekt doppelt abziehen zu wollen. Gegen den Defektabzug protestierte ein Dreher, derselbe wurde entlassen, obwohl er schon zehn Jahre bei Hohmann beschäftigt war. Zu gleicher Zeit wurde ein Blaumaler entlassen, weil nach Ansicht des Herrn Hohmann die Farbe zu matt aus dem Feuer kam. Der Maler war fünf Jahre dort beschäftigt. Die hier angeführten Entlassungsgründe werden von den Betroffenen als nur gesuchte angesehen, man nimmt mit Bestimmtheit an, daß die älteren Arbeiter, welche fest zur Organisation stehen, nach und nach entlassen werden sollen. Herr Brandt hat jedenfalls die Absicht, nur Unorganisierte einzustellen, mit denen leichtes Spiel zu treiben ist. Nun wurden am 4. d. M. wieder zwei Dreher entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Einer davon war mit Lehrzeit 16 Jahre, der andere 3 1/2 Jahre bei Hohmann beschäftigt. Vor kurzem wurden aber noch drei neue Dreher eingestellt. Hiermit ist der Beweis erbracht, daß die älteren Arbeiter einer nach dem anderen aufs Pflaster fliegen. Jedenfalls will Herr Hohmann dafür junge Leute einstellen, da die älteren Leute nach seiner Aeußerung der Krankenkasse zur Last fallen. Ob er Glück haben wird, junge Leute zu bekommen, darüber wird ihn die Zukunft belehren. — Jedenfalls werden sich die Kollegen allerorten vorstehende Zeilen zur Warnung dienen lassen.

Mannheim. Die Aussperrung der Maler in der Rhein. Gummi- und Zelluloidwarenfabrik ist nun am 12. Sept. zur Tatsache geworden. Es wurden 8 Mann (resp. 10) darunter 4 verheiratete davon betroffen. Wie schon in Nr. 37 der Ameise berichtet wurde, drehte es sich um die Ablehnung der Akkord-Arbeit und so wollen wir auf die Einrichtungen in betr. Fabrik zurück kommen. Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden bei einer Aufsicht, die man wohl eher in einem Gefängnis als in einer Fabrik mit freien Arbeitern erwarten kann. Ferner läßt die Ventilation vieles zu wünschen übrig. In einem Saal, wo gewöhnlich 70 Personen beschäftigt sind, kommt es vor, daß, wenn die Arbeiter nicht selbst darauf aufmerksam machen, die Fenster den ganzen Tag nicht geöffnet werden. Sauber wird der Saal wohl gehalten, indem er täglich zweimal gekehrt wird,

	Waren ausgesperrt	Davon waren Verbandsmitglieder	Davon wurden Arbeitswillige	Anderweitig in Stellung	Arbeitswillige von auswärts
Maler auf Glasur	65	58	4	32	6
Maler unter Glasur	15	14	1	—	—
Dreher	12	12	3	—	2
Gießer	31	25	4	4	9
Brenner, Schmelzer, Backer, Formgießer, Kapsel- und Tonmaler	75	28	5	6	10
Weibliche Arbeiterinnen: Malerinnen, Druckerinnen, Backerinnen, Gießerinnen, Schleiferinnen und Hilfsarbeiterinnen	81	44	13	12	12

Unter den ausgesperrten Verbandsmitgliedern befanden sich 78 Verheiratete mit 172 Kindern. Am Orte befinden sich zur Zeit noch 92 Verbandsmitglieder. Aus diesem Auszuge sieht man wohl ohne weiteres, wie es in der vor der Aussperrung in schönster Blüte stehenden Fabrik aussieht. Von 65 Malern sind etwas über 10 beschäftigt. Wenn man nun dazu rechnet, daß vor der Aussperrung nachweislich große Bestellungen vorhanden waren, so daß wohl während des Winters das Geschäft keine Stockung erlitten hätte, so braucht man nicht gerade Geschäftsmann zu sein, um herauszurechnen, vor welchem ungeheuren Verlust die Firma steht. Vor einigen Tagen ging das Gerücht im Dorfe, die Firma hätte einige Kisten Ware wieder zurückerhalten. Würde sich dies bewahrheiten, so wäre allerdings der Beweis der Leistungsfähigkeit des jetzigen Personals erbracht.

Ebenso und noch schlechter wie mit den Buntmalern sieht es mit den Blaumalern; die Blaumalerei war eins der einträglichsten Geschäfte für die Firma. Besonders, da man die Blaumaler mit sehr geringen Verdiensten abspießte. Es kann jederzeit der Nachweis erbracht werden, daß in anderen Fabriken dieselben Artikel um die Hälfte

gesperrte Arbeitswillige „beleidigt“ haben. In einem dieser Fälle war der Arbeitswillige Däuzner Ankläger. Trozdem die Firma vor dem schon Däuzner aus der Fabrik hinausgebracht hatte, die Gendarmerie denselben aus Tettau mit Gewalt hinausbesorgen mußte, so geschah doch das Unglaubliche — nämlich, die Firma ließ Däuzner durch ihren Rechtsanwalt vertreten. Auch in den weiteren zwei Fällen hatte man den Arbeitswilligen einen Rechtsbeistand zugegeben, dem man die schauderhaftesten Dinge von den Ausgesperrten erzählt haben muß, denn ein Unbeteiligter, der die Sache nicht kennt, dem würden bei den Ausführungen des Anwalts mindestens die Haare zu Berge gestanden haben. Der Anwalt gab ja aber dann, nachdem er unsererseits auf das Nichtzutreffende des ihm Mitgeteilten aufmerksam gemacht wurde, zu, daß er es eben gesagt bekommen habe. Man hatte auch zu diesem Zwecke sämtliche Nummern der „Ameise“ mitgebracht, leider ließ sich daraus für die Angeklagten ein Strick nicht drehen, vielmehr lehnte der Gerichtshof ab, hiervon Kenntnis zu nehmen. Der Gerichtshof ließ sich auch nicht von den Ausführungen des Anwalts leiten und erkannte nach dem vom Amtsanwalt bean-

jedoch geschieht dasselbe während der Arbeitszeit. Die Dampfheizung, welche ja nur im Winter in Betracht kommt, ist ziemlich hoch angebracht, so daß der Oberkörper warm und der Unterkörper kalt ist. Eine Beschwerde gegen eine derartige Einrichtung war bisher fruchtlos. Die Direktion giebt sich nun die größte Mühe, Ersatzkräfte zu erlangen, welche jedoch bis jetzt erfolglos geblieben ist. Die Kollegen werden es auch fernerhin an der nötigen Aufmerksamkeit nicht fehlen lassen und die in Betracht kommende Fabrik auch künftig meiden.

Für Frankfurt a. O. (Theob. Paetsch) und nach **Albersweiler** (Pfalz) werden im „Sprechsaal“ Maler und Dreher gesucht. Den Kollegen möge zur Erinnerung dienen, daß beide Betriebe für unsere Mitglieder gesperrt sind. Herr Paetsch betont übrigens auch, nur Leute einstellen zu wollen, die unserem Verbands nicht angehören.

Breslau. Tüchtige Hohlformer werden nach Breslau in der „Keramischen Rundschau“ gesucht. Vor kurzem hat man abgeraten, in Breslau Stellung zu nehmen. Uns ist auch noch nicht bekannt, daß sich die Verhältnisse gebessert hätten. Es ist daher zu raten, mit Stellungsannahme nach hier recht vorsichtig zu sein. Man möge, um sich vor Schaden zu bewahren, bei der Verwaltung der Zahlstelle Erkundigungen einziehen.

Mudolstadt. Ueber die Firma Münch u. Pagert, über deren Liquidierung wir schon in letzter Nummer berichteten, wurde der Konkurs eröffnet.

Oberhausen. Ueber die Arbeits-Verhältnisse in der hiesigen Porzellanfabrik fanden sich vor kurzem in den Tagesblättern folgende Notizen. So schrieb die Oberhausener Volkszeitung in Nr. 207: „Der Betrieb auf der hiesigen Porzellanfabrik scheint merklich eingeschränkt worden zu sein, denn wie uns mitgeteilt wird, ist seit etwa 2 Monaten die Einrichtung getroffen worden, daß die Akkordarbeiter nur ein gewisses Quantum pro Woche liefern dürfen, so zwar, daß die Verheirateten bis zu 24, die Unverheirateten bis zu 20 Mk. pro Woche verdienen. Die Arbeiterinnen werden außerdem zu Arbeiten herangezogen, die früher von männlichen Personen ausgeführt wurden.“

Darauf brachte die „Duisburger Zeitung“ in Nr. 233 folgende, anscheinend von stark interessierter Seite veranlaßte Antwort: „Dieser Tage lief eine Nachricht durch die Blätter, wonach die hiesige Porzellanfabrik ihren Betrieb eingeschränkt und die Akkordlöhne herabgesetzt habe. Diese Meldung beruht auf einer mindestens irrtümlich zu nennenden Auffassung der Sachlage. Die Fabrik ist auf lange Zeit mit Aufträgen wohl versehen. Lediglich in der Malerei findet eine allmähliche Verminderung des Personals statt, da viele Arbeiten durch das mechanische Abziehverfahren erledigt werden. Um die verbleibenden Arbeiter nicht zu sehr leiden zu lassen, ist eine Höchstgrenze der jeweiligen Löhnungsbeträge (nicht der Löhne) je nach den Familienverhältnissen und der Kinderzahl der Arbeiter im Einvernehmen mit Letzteren festgesetzt worden. Der erreichte Mehrverdienst wird für die nächste Sitzung gutgeschrieben.“ Thatsache ist also, daß den Arbeitern nur ein bestimmter Lohnsatz ausgezahlt wird. Ferner wird uns mitgeteilt, daß sich die Verdienstsbeschränkung nicht nur auf die Maler sondern auch auf die Dreher erstreckt. Soweit das im Einverständnis mit den Arbeitern geschieht, kann man nichts dagegen ausrichten, im anderen Falle ist ein solches Verfahren jedoch unzulässig. Ende April wurden übrigens auch 8 Dreher entlassen,

die durch weibliche Arbeiter ersetzt wurden. Die „Antwort“ ist also ziemlich unvollständig.

Biesau. In der hiesigen Fabrik war der frühere Eierbecherränderer Louis Wiesel als Lagerist angestellt worden. W. galt als ein heftiger Gegner unserer neuen Zahlstelle. Jetzt ist nun der „Herr Direktor“ unter uns unbekanntem Gründen entlassen worden.

In Buzau dauert, wie wir unserem österreichischen Bruderblatte entnehmen, der Ausstand bei der Firma Steidl noch weiter an. Zwei Arbeitswillige traten ein und rissen nach drei Tagen wieder aus. Das wäre nichts besonderes, wenn uns nicht die Personen der beiden Muchkollegen interessierten. So heißt der eine Karl Egler. Derselbe wurde schon mal in Deutschland zum Arbeitswilligen, später jedoch mit verlängerter Karenzzeit wieder in den Verband aufgenommen. Da diese Maß das Mäusen absolut nicht zu lassen scheinen kann, dürfte nun endgiltig das Tisch-tuch zwischen ihm und jedem organisierten Arbeiter zerschnitten sein. Sein Sozjus ist Ernst Teske. Da derselbe schon vor längerer Zeit aus unserem Verbands ausgeschlossen wurde, läßt es sich mit diesem Manne nicht besonders rechten, daß er es fertig bringt, ehrlichen Arbeitern in den Rücken zu fallen.

Aus **Weißwasser** wird uns mitgeteilt: Zwecks Durchführung der Beschlüsse, die auf der am Ofterfest dieses Jahres stattgefundenen Glasmaler-Konferenz gefaßt wurden, soweit dieselben von Einfluß auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse sind, beabsichtigen die Glasmaler der hiesigen Werkstätten jetzt an ihre Meister heranzutreten und sie um folgende Zugeständnisse zu ersuchen.

1. Bei Inangriffnahme der Arbeiten um Mitteilung des dafür zu zahlenden Gehilfenpreises.

2. Bei neuen Mustern soll die Festsetzung des Gehilfenpreises mit Meistern und Gehilfen gemeinsam vorgenommen werden und dabei ein Normalverdienst von 24 Mark pro Woche als Grundlage dienen.

3. Bei Bedarf an Arbeitskräften zunächst die am Orte befindlichen Arbeitslosen zu berücksichtigen bevor von außerhalb Kräfte herangezogen werden.

4. Das zu bemalende Glas in gereinigtem Zustande dem Maler zu übergeben.

5. Für beim Brennen gesprungene Gegenstände dem Maler keinen Abzug zu machen.

6. Für jede Ueberstunde eine Extravergütung von 10 Pfg. zu gewähren.

Obwohl wir ohne weiteres annehmen, daß das geringe Opfer, was uns gewährt werden soll, von unseren Meisterkollegen gerne gebracht werden wird, bitten wir doch alle auswärtigen Kollegen, von unserm Vorhaben Notiz zu nehmen. Ueber den Verlauf und das Resultat der Verhandlungen mit unsern Meistern werden wir an dieser Stelle wieder Bericht geben. Die eine oder die andere der in Punkt 1—6 enthaltenen Festlegungen ist in einzelnen unserer Werkstätten schon durchgeführt, aber grade die Ungleichheit der Arbeitsverhältnisse in denselben bewirkten eine fortwährende Verschlechterung unserer Gesamtlage. Wenn wir unter Punkt 2 die Festsetzung der Arbeitspreise nach einem Wochenlohn von 24 Mark festgelegt wissen wollen, so darf keineswegs angenommen werden, daß die zur Zeit erzielten Löhne sich in dieser Höhe bewegen, obwohl bei den teuren örtlichen Verhältnissen ein Wochenlohn von 24 Mk. die erste Selbstverständlichkeit wäre.

Wohl wurden einem kleinen Teil der hiesigen Maler Wochenlöhne von 24—27 Mk., vielleicht auch mehr, von den Meistern gezahlt. Das betrifft aber zumeist nur Kollegen,

welche zu ihren Meistern in einem verwandtschaftlichen Verhältnisse stehen und die gegebenenfalls die Funktion der Meistervertretungsweise übernehmen. Für diese Kollegen ist, abgesehen von der Mitunterstützung vorliegender Eingabe, aus Solidaritätsgefühl gegen ihre in Stücklohn beschäftigten Kollegen, die Durchführung obiger Bestimmungen weniger von Bedeutung, daß man im Einzelfall 24 event. auch 30 Mk. Wochenlohn zahlt. Dieser Umstand darf bei unseren Meisterkollegen die Voraussetzung zulassen, daß von diesen ein Wochenlohn von 24 Mk. als Grundlage für den Lohn ihrer Gehilfenkollegen anerkannt wird. Unter Punkt drei haben wir dem Wunsch Ausdruck gegeben, bei Bedarf an Arbeitskräften am Orte befindliche Arbeitslose zuerst zu berücksichtigen. Gleichzeitig wollen wir noch bekannt geben, daß sich die Bestimmungen eines von der Zahlstelle demnächst in Kraft zu setzenden Arbeitsnachweises in Vorbereitung befinden.

Die Leipziger Herbstmesse hat, wenn man den Betrachtungen in den Arbeitgeberblättern Glauben schenken darf, nicht in der erhofften Weise für die Glas- und Porzellanwaren-Ausstellenden geendet. Es wäre nur eine leidliche Mittelmesse gewesen, die höchstens zu der Zensur „befriedigend“ berechtigte. — Da bei allen möglichen Gelegenheiten die Unternehmer die Lasten auf die Arbeiter abwälzen möchten, so werden sich die Arbeiter auch diese vorläufigen Ankündigungen zur Beachtung dienen lassen.

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* In Berlin befinden sich die Gärtler und Metalldrücker im Ausstand. Um diesen zu beendigen, planen die Unternehmer, daß — wenn die Arbeiter zu einem noch näher zu bestimmenden Tage die Arbeit nicht wieder aufnehmen — die Schließung sämtlicher Betriebe erfolgt, wodurch gegen 10 000 Arbeiter ausgesperrt werden würden, dazu bemerkt der „Vorwärts“:

„Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen hat, wie bei jedem Streik, so auch bei diesem an seine Mitglieder die Aufforderung ergehen lassen, keinen aus Berlin kommenden Metallarbeiter während der Dauer des Gärtler- und Drückerstreiks einzustellen. Es ist das, wie gesagt, eine beim Kühnemannschen Verband gebräuchliche Maßnahme, welche die Handlungen der organisierten Arbeiter noch niemals beeinflusst hat und auch diesmal nicht beeinflussen wird. Was nun die beabsichtigte Aussperrung betrifft, so wissen wir bestimmt, daß durch diese Maßnahme der Metallarbeiterverband sich nicht im geringsten hindern läßt, die begonnene Lohnbewegung in der ihm angemessen erscheinenden Weise durchzuführen. Der Stand des Streiks ist ein so günstiger, daß die Arbeiter mit dem bisherigen Verlauf desselben durchaus zufrieden sein können. Die Zahl der Firmen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, mehrt sich täglich, ja selbst nach dem Bekanntwerden des obigen Beschlusses der Fabrikanten sind noch zahlreiche Bewilligungen erfolgt. Ein Beweis, daß die Aussperrungslust, welche bei den führenden Elementen der Fabrikanten zweifellos vorhanden ist, wenig Anklang bei denen findet, zu deren Gunsten die Aussperrung ins Werk gesetzt werden soll.“

* Die Marmorarbeiter in Berlin haben mit ihren Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Derselbe soll zweijährige Dauer besitzen und enthält mancherlei Aufbesserungen der Lage der betr. Arbeiter. Der Gewerberichter v. Schulz gab die Er-

Klärung ab, daß er versuchen werde, den Magistrat zu veranlassen, daß die städtischen Arbeiten nur tarifstreuen Geschäften übergeben werden.

* **Unternehmergewinne.** Einer Notiz der „Rundschau“ zufolge, verzeichnet die Striegauer Porzellanfabrik A. G., vorm. C. Walter und Co., Stanowitz in ihrer jüngsten Bilanz vom 30. 6. 03 einen Reingewinn von 23 489 Mk. gegen 22 246 Mk. im Vorjahre und es gelangt wiederum eine Dividende von 5 pCt. zur Verteilung.

* Bei den Buchbindern ist nun doch die angestrebte Tarifgemeinschaft zu Stande gekommen. Als oberste Instanz in Tarifangelegenheiten wird ein Tarifamt, das seinen Sitz in Leipzig hat, errichtet. Möge die neue Errungenschaft den Buchbinder-Genossen zum Vorteil gereichen.

* In Dresden trat am 11. September der Kongress der Gewerbevereinsmitglieder zusammen. Am Tage vorher hielten die Vertreter aus den Kreisen der Arbeitnehmer eine öffentliche Versammlung ab, in der vor allen Dingen über das bisher nur stellenweise geltende Proportionalwahlssystem für die Vertreterwahlen zum Gewerbegericht gesprochen wurde. Die Debatte beschloß mit der Annahme folgender Resolution: Das Proportionalwahlsystem bei der Wahl zu Gewerbegerichten wird von den Gemeindebehörden ausschließlich zur Schwächung der Vertretung der modernen Gewerkschaften benutzt; es ist kein Fall bekannt geworden, daß das Proportionalwahlsystem jemals einer Minderheit modern gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zu gute kommt. Die Konferenz der Arbeiter-Vertreter verwirft deshalb das gegenwärtige System der Verhältniswahl, das als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenützt wird.

* Aus der Schweiz wird über eine Konferenz der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz in Basel berichtet: Die Kommission der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz hat in Basel hinter verschlossenen Türen ein dreitägige Konferenz abgehalten. Was Herrn von Berlepsch und seine Freunde veranlaßt hat, wie eine Verschwörergesellschaft geheime Beratungen zu pflegen, ist ihr Geheimnis, aber eine merkwürdige Arbeiterschutz-Gesellschaft ist es auf jeden Fall, die das Licht der Öffentlichkeit scheut. Die an der Konferenz beteiligten wenigen Sozialdemokraten sind dadurch in eine eigentümliche Lage gekommen und der Fall zeigt wieder, wie bedenklich es ist, wenn Sozialdemokraten mit Bürgerlichen zusammen arbeiten und diese die ausschließliche Führung in Händen haben.

Die ganze „Ausbeute“ der dreitägigen Konferenz besteht nach den Agenturberichten in mehreren Resolutionen, betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, einem Gesuch an den schweizerischen Bundesrat, eine internationale Regierungskonferenz einzuberufen behufs Abschlusses eines diese Sache ordnenden internationalen Vertrags, einem eben solchen Gesuch betreffend das Verbot der Verwendung des giftigen Phosphors in der Zündwaren-Industrie und das Verbot der Bleifarben.

* Der englische Arbeitsmarkt zeigte im Monat August einen weiteren Geschäftsrückgang. In den 226 berichtenden Gewerkschaftsverbänden mit 561 946 Mitgliedern waren 30 751 Personen oder 5,5 pCt. unbeschäftigt gegen 4,9 pCt. im vorhergegangenen Monat und 4,5 pCt. im August 1902. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit im August der

letzten zehn Jahre belief sich auf 4,3 pCt. Der Geschäftsniedergang ist besonders bemerkbar in der Baumwollindustrie. — An gewerblichen Streitigkeiten waren im Berichtsmonat 29 523 Personen beteiligt, davon 14 000 Zinnblech- und Stahlarbeiter in Südwales. — Von Lohnänderungen wurden 121 200 Arbeiter betroffen; das Reinergebnis dieser Änderungen war eine Lohnherabsetzung von 1300 Pfund Sterling pro Woche.

* Die Streiks im Jahre 1902 behandelt Genosse Legien in einem längeren Artikel im Correspondenzblatt. Wir kommen auf die Statistik noch zurück.

* Hat die wirtschaftliche Krisis bereits ihr Ende erreicht? Diese brennende Frage, die von verschiedenen Seiten in letzter Zeit auch in verschiedenem Sinne beantwortet worden ist, war in diesen Tagen auch von dem bekannten Breslauer Nationalökonom, Prof. W. Sombart, im „Tag“ eingehender erörtert worden. In der Arbeiterschaft gibt man sich vielfach der Hoffnung hin, daß die Krisis, unter der sie so schwer hat leiden müssen, ihrem Ende nahe sei. Die augenblicklich geringe Beschäftigungslosigkeit und der flottere Geschäftsgang müssen die Arbeiter in ihrer Meinung nur bestärken. Auch die preussische Regierung sieht nach einer durch die Blätter gehenden halbamtlichen Notiz die wirtschaftliche Krisis als „im wesentlichen überwunden“ an. „Die Industrie hat allerdings noch mit billigen resp. zu billigen Preisen zu kämpfen, sie ist aber voll auf beschäftigt. Einen sehr wertvollen Gradmesser für die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Vaterlande bildet die stetige Zunahme der Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr in Preußen.“ Trotzdem führt Sombart an, daß Not und Sorge für die nächste Zukunft noch keineswegs vorüber sind, und daß „vor Allem für die Arbeiter schwere Zeiten“ noch bevorstehen. Denn da, wie auch halbamtlich zugegeben wird, der Absatz bei billigen, resp. zu billigen Preisen erfolgt, so wird sich das Streben der Unternehmer naturgemäß zuerst auf die Herabsetzung des Anteils der Arbeiter am Ertrage, d. h. des Arbeitslohnes, richten. Die Gärungen im rheinisch-westfälischen Kohlenbezirk sind nichts Anderes, als die ersten Anzeichen dieses Kampfes um die Höhe des Arbeiteranteils. Nun ist aber gegenwärtig keine Aussicht vorhanden, daß die Preise lohnender werden, da die Produktionsfähigkeit in wichtigen Industrien immer noch steigt, das Angebot sich also immer noch vergrößert. Die Steigerung unseres Absatzes nach dem Auslande kann in dieser Hinsicht durchaus nicht als ein günstiges Anzeichen angesehen werden, sondern bedeutet unter den gegenwärtigen Verhältnissen eher eine Gefahr. Die gewaltige Ausfuhr nach England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist nur möglich gewesen, weil ersteres in Folge des Kriegsschlusses in Süd-Afrika, letztere in Folge ihres noch anhaltenden Aufschwunges, einen starken, außergewöhnlichen Bedarf, namentlich nach Erzeugnissen der Eisenindustrie, hatten. In dem Augenblicke, in dem der Umschwung des Geschäftsganges in den Vereinigten Staaten eintritt, fällt der Bedarf an unseren Erzeugnissen fort. Aber dann fällt nicht allein dieser Bedarf fort, sondern Amerika tritt selbst als unser Konkurrent auf dem Weltmarkte auf, der in erster Linie seine Eisen und seine Eisenwaren nach dem Auslande abzustößen versuchen wird. Diese amerikanische Konkurrenz kann für uns um so wirksamer sein, als die Amerikaner dank einer verkehrten Tarifpolitik der preussischen Regierung, dank vor Allem

aber dem Vorgehen der großen Eisensyndikate das Eisen billiger erhalten, als die inländischen Abnehmer. Allem Anschein aber steht der Niederbruch der amerikanischen Hochkonjunktur unmittelbar bevor. Angesichts dieser Lage der Dinge rät Sombart, die Zukunft nicht allzu vertrauensselig zu erwarten. Die Arbeiter erhalten jedenfalls durch solche, in der Tat der Begründung nicht entbehrende, Warnungen eine neue Mahnung, den Ausbau ihrer Organisationen mit aller Macht zu fördern, da diese allein im Stande sind, über die schwersten Zeiten der Not und des Glends hinwegzuhelfen.

* Die Frage der staatlichen Arbeitsvermittlung hat in Norwegen eine weitere Förderung erfahren. Amlicherseits wurde ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach welchem in jeder Gemeinde — die vom König zu bestimmen ist — ein Arbeitsvermittlungsammt errichtet wird. Dasselbe wird von einem Aufsichtsrat überwacht, in dem Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Stärke sitzen. Die gesamtliche Vermittlung geschieht für den Stellensuchenden nicht nur kostenfrei, sondern derjenige, dem an einen mindestens 15 Kilometer entfernten Ort Arbeit nachgewiesen wird, zahlt auf der Eisenbahn nur den halben Fahrpreis. — Auch die Begründung des Entwurfs enthält einen sozialen Geist, den man in deutschen amtlichen Begründungen ähnlicher Gesetze wohl nicht findet. Das ganze Glend der Arbeitslosigkeit, die erschreckende Selbstanklage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung kann einem nicht stärker vor's Auge treten, als in jenem Satz der Begründung: „Ueberhaupt steht es fest, daß, wenn die Arbeiter auf Abwege geraten, dem Trunk und dem Herumtreiben verfallen, so ist oft der Keim hierzu gelegt in den Zeiten, in denen sie herumgelaufen sind als vergeblich Arbeit Suchende.“ — Wann wird sich Deutschland, das Land, das bekanntlich an der Spitze der Sozialreform schreitet, zu einem solchen Gesetze aufraffen?

* Bessere Leistungsfähigkeit des Arbeiters. Ingenieur Möller aus Berlin hat über die Eindrücke, welche er anlässlich einer Studienreise nach Nordamerika erhielt, um die amerikanische Maschinenindustrie und die Ursache ihrer Erfolge zu studieren, eine Schrift herausgegeben, in welcher er auch auf die Ursache der besseren Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters zu sprechen kommt. Er schreibt darüber folgendes: „Ich bin auf die Arbeiterverhältnisse näher eingegangen, weil, wenn man die Erfolge der amerikanischen Industrie betrachtet, dem Arbeiter ein großer Anteil daran gebührt. Es ist von Kennern europäischer und amerikanischer Verhältnisse oft betont worden, daß der amerikanische Arbeiter leistungsfähiger ist als der europäische, und das muß uns am meisten interessieren, weil viele amerikanische Betriebsleiter zugeben, daß der deutsche Arbeiter, wenn er eine Zeitlang im Lande gewesen ist, zu den tüchtigsten gezählt werden darf. Worin aber liegen die Ursachen für diese Vermehrung der Leistungsfähigkeit? Von manchen wird das Klima angeführt, das auf die Nerven anregend wirkt und den Menschen zu reger Tätigkeit anspornen soll. Mir hat die Möglichkeit gefehlt, diese Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Stichthaltiger scheint schon der Umstand, daß die Ernährung dank den hohen Löhnen besser ist und daß der amerikanische Arbeiter während der Arbeitszeit keinen Alkohol — auch nicht einmal in Gestalt von Bier — zu sich zu nehmen pflegt. Von wesentlichem Einfluß ist auch die Behandlung der Arbeiter durch ihre Vorgesetzten. In einer

amerikanischen Werkstatt herrschen vollständig demokratische Zustände. Damit meine ich aber beileibe keine Insubordination; im Gegenteil, jeder weiß genau, welchen Posten er auszufüllen hat und wem er im gegebenen Falle gehorchen muß. Aber der Arbeiter hat das Gefühl, daß er keineswegs auf einer niedrigeren sozialen Stufe steht, als sein Vorgesetzter." — In Deutschland liegen bekanntlich die Verhältnisse wesentlich anders und besonders kommen die Porzelliner dabei schlechter weg.

Vermischtes.

— Handwerkergrößen. In der „Dorfzeitung“ führt ein Einsender aus Gotha Klage über die ungeheuren Verwaltungskosten der Schmiedeberufsgenossenschaft, die auf der Versammlung der Schmiedemeister in Gotha bemängelt wurden. Dieselben sind allerdings ungeheuerlich. Allein die Kosten für Gehälter und Löhne betragen im Jahre 1902 mehr als 76 000 Mk., Kosten der ersten Einrichtung 35 000 Mk., ohne Drucksachen, wofür mehr als 22 000 Mk. ausgegeben worden sind usw., während an Entschädigungen nur 82016,04 M. gezahlt wurden, so daß es fast den Anschein gewinnt, als wäre die Genossenschaft nicht der Genossen resp. der bei ihnen beschäftigten Arbeiter wegen da, sondern der Beamten wegen. Für das Jahr 1903 sind im Etat noch größere Ausgaben für Gehälter, Entschädigung an die Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner u. s. w. vorgesehen. — Diese Notiz liest sich in der „Dorfzeitung“, dem Generalscharfmacher-Blatt für Thüringen, besonders interessant; denn keine andere bürgerliche Zeitung konnte mitleidserregender die Augen über die angeblich hohen Verwaltungskosten der von Arbeitern geleiteten Krankenkassen und Organisationen verdrehen, als die „Dorfzeitung“. Ob sie selbst jetzt eingesteht, das gegen obige Summen die bewilligten Mittel in Arbeiter-Verwaltungen reine Entbehrungssummen sind?

— Crimmitschau. Eine originelle Form des Streikpostenstehens haben infolge der polizeilichen Bedrängnisse die Arbeiter in Crimmitschau gewählt. Sie haben nämlich in verschiedenen Wohnungen vor den Fabriken Fenster gemietet und hier vor diesen Fenstern sitzt nun in aller Gemütsruhe der Streikposten stehende Arbeiter und beobachtet scharf alle Vorgänge in der Fabrik.

— Theorie und Praxis. In den Kreisen der danziger Arbeiter der Reichs- und Staatswerkstätten war der Wunsch kundgegeben worden, dem Kaiser bei seiner Anwesenheit in Danzig eine Huldigung darzubringen und ihm für die Fortführung der Sozialpolitik zu danken. Ein weitergehender Wunsch, auch um eine Besserung der danziger Wohnungsverhältnisse und Aufhebung der Rayonbeschränkungen zu bitten, wurde aufgegeben.

— In Plauen wurden wegen angeblichen Landfriedensbruchs zwei Maurer zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das „Verbrechen“ soll gelegentlich des letzten Maurerstreiks in Plauen verübt worden sein.

— Proletarier-Ende. Die „Mecklenburgische Volkszeitung“ berichtet: Der in Brodhagen bei Doberan beheimatete Maurer Hermann Schmidt hielt sich nach dem Tode seiner Frau und nach Auflösung seines Hausstandes in den letzten Jahren in dem Dorfe Börgerende auf, wo er den dortigen Erbpächtern und sonstigen Grundeigentümern gegen Kost, Schlafstelle und geringen Lohn als Maurer oder Arbeiter fronte. Wenn die Arbeit knapp war, erhielt er auch nur die

Kost als Entgelt für seine Arbeitskraft. Am Sonnabend, den 5. d. M., fühlte Schmidt sich unwohl, und ging er deshalb nicht zur Arbeit, sondern in den Krug, um — wie er angab — beim Krüger Ramm zu schlafen. Hier traf er Bekannte, welche zwei Schnäpse für ihn ausgaben. Als er diese getrunken hatte, legte er sein Haupt auf den Tisch und schien einzuschlafen. Der Wirt trug ihn darauf auf die Diele, wo er ihn auf Stroh bettete. Bei späterem Hinzukommen fand Ramm den Schmidt als Leiche. Ein Schlagfluß scheint dem arbeitsreichen Leben ein Ziel gesetzt zu haben, denn die eine Körperhälfte war blau angelauten. Als von der Gerichtskommission die Todesursache festgestellt war, wurde die Leiche, da Ramm erklärte, keinen Platz für sie zu haben, in das Spritzenhaus geschafft. Am Montag darauf ist dann die Leiche in den sargähnlichen Kasten gelegt worden. Die Leiche wurde des Rockes entkleidet und dieser als Kopfkissen benutzt.

Von dem Pastor Gehrke zu Rethwisch war die Beerdigungszeit auf Dienstag mittag festgesetzt. Aber kein Erbpächter wollte die Leiche fahren, auch wollte keiner sich zur Folge einfinden. Da erbarmte sich der Bauunternehmer Papenhagen in Rethwisch des Verstorbenen; er ging von Bau zu Bau und bat die dort arbeitenden Maurer, Zimmerer und Arbeiter zum Geleite ihres verschiedenen Kameraden in Börgerende. Alle kamen gerne der Aufforderung nach und erschienen in ihrem Arbeitsanzug, da sie ihr Sonntagszeug nicht bei sich hatten, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu bezeugen. Auch die in Rethwisch anwesenden Unternehmer hatten sich entschlossen, mitzugehen.

Der Seelenhirte war indessen verreist und ließ sich durch den Küster vertreten. Eine mitleidige Erbpächterfrau hatte ein Kreuz und eine Girlande gebunden und damit den schmucklosen — dem Anscheine nach mit Tinte geschwärzten — Sarg geziert.

An dem eigenartigen Leichenzuge beteiligten sich über 70 Leidtragende im Ehrenkleide der Arbeit. An der Gruft gab es dann noch eine unliebsame Ueberraschung. Denn als der Sarg in die Grube gesenkt wurde, mußte er wieder herausgehoben werden, da die Grube sich als zu klein erwies. Nachdem diese vergrößert worden war, konnte der Sarg dann in dieselbe versenkt werden.

— Blüten des Submissionswesens. Wohl einzig dastehen dürfte folgender Fall, der in Augsburg vorkam. Der Magistrat schrieb den Abbruch des alten Polizeigebäudes auf Submission aus, wozu 8 Offerten eingelaufen sind. Der teuerste Offertsteller verlangt für den Abbruch Mk. 12 000 und der billigste schenkt der Stadt noch Mk. 500, wenn er die Arbeit machen darf. Selbst im Magistrat schüttelte man die Köpfe über die Rechenkunst der für Innungsmacherei schwärmenden augsbürger Bauunternehmer.

Versammlungsberichte etc.

g. **Blauenheim.** Die letzte Zahlstellenversammlung war seit langer Zeit wieder einmal ziemlich gut besucht. Es mochte dazu vielleicht die Anregung, die Versammlung zu besuchen, beigetragen haben, oder weil auf der Tagesordnung eine wichtige Angelegenheit zur Verhandlung stand. Denn der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete eine Beschwerde der Verwaltung gegen das unkollegiale Benehmen einiger Mitglieder, welche es nicht verschmähen, der Verwaltung in ganz ungehöriger Weise Sachen zu unterschieben und dieselbe öffentlich bloß zu stellen. — In der heutigen Versammlung sollten nun diejenigen Mitglieder, welche mit der jetzigen Verwaltung nicht zufrieden sind, mit der Farbe herausrücken und öffentlich ihre Ansichten preisgeben, damit sich die Verwaltung rechtfertigen könnte.

Zu einer ruhigen sachlichen Erörterung konnte es jedoch nicht kommen, da es sich einige Versammlungsbesucher angelegen sein ließen, sich so aufzuführen, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Der Vorstand trat darauf zurück. Es wird sich die nächste Versammlung mit der Neuwahl der Verwaltungsmittglieder zu befassen haben. Ein reger Besuch dieser Versammlung ist daher zu wünschen.

s. **Düsseldorf.** Am Sonnabend, den 12. September fand im Lokal des Fr. Pollach, Düsseldorfstraße, eine öffentliche Porzellanarbeiterversammlung statt. Anlaß hierzu gab die stattgefundene Entlassung eines Drehers und eines Blauarbeiters, und die am 4. d. M. erfolgte abermalige Kündigung von zwei Drehern bei der Firma Hohmann. Die Versammlung war ziemlich gut besucht, es waren sämtliche Arbeiterkategorien vertreten und 6 Mädchen; leider sehr wenig für das weibliche Personal. Kollege Scholz hielt einen kurzen Vortrag über „Zweck und Nutzen der Organisation“ und war der Sinn seiner Ausführungen hauptsächlich, daß nur durch festen Zusammenschluß und einheitliches Handeln bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können, sowie dadurch ebenfalls den Uebergriffen der Unternehmer ganz energisch entgegen getreten werden kann. Zum zweiten Punkt kamen die Maßregelungen bei der Firma Hohmann zur Sprache. Kollege Beck erstattete den Bericht und war die Diskussion eine sehr lebhaft. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß, wenn noch weitere Maßregelungen vorkommen sollten als die letzten vier, zum letzten Mittel, zum Streik gegriffen werden müsse. Da bereits die Sache dem Hauptvorstand unterbreitet ist und die Dreher beantragt hatten, ihre Kündigungen einreichen zu dürfen, dieses jedoch vorläufig verneinend beantwortet worden ist, wird eine abwartende Stellung eingenommen. Sämtliche Anwesenden erklären sich im Falle eines ersten Konfliktes mit den Drehern solidarisch. Es wurden 17 neue Mitglieder aufgenommen, darunter 4 weibliche; weitere Aufnahmen folgen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute den 12. September 1903 im Lokale des Herrn Pollach, Düsseldorfstraße, in öffentlicher Porzellanarbeiter-Versammlung Erschienenen erklären sich, im Falle noch weitere Maßregelungen erfolgen, und die Dreher dadurch gezwungen sind, ihre Kündigung einreichen zu müssen, mit denselben solidarisch. Da die Dreher allein dem ungerechtfertigten Handeln des Herrn Werkführers resp. der Firma nicht entgegen treten können, schließen sich im Falle einer ersten Differenz die Anwesenden an, um dadurch weiteren Verschlechterungen ein für alle mal vorzubeugen.“ Mit einem kräftigen Hoch auf den Porzellanarbeiterverband wurde die interessante Versammlung geschlossen.

s. **Rahla.** Die am Sonnabend, den 5. September stattgefundene Zahlstellenversammlung war von 105 Mitgliedern besucht. Nach Erledigung der beiden ersten Punkte der Tagesordnung, Kassieren der Beiträge und Verlesen des letzten Protokolls, wurde zu Punkt 3, Verschiedenes, übergegangen. Zunächst wurde folgendes von der Verwaltung ausgearbeitete Regulative, da die Beschlusfassung hierüber in voriger Versammlung vertagt worden war, der Versammlung nochmals vorgelegt: Regulative für das Unterstufungswesen betreffs Todesfall. § 1. Nach jedem Todesfall werden von jedem Verbandsmitglied, welches sich in Rahla aufhält, 10 Pf. erhoben. § 2. Als Gründung gilt der 1. Juli 1903. § 3. Weigert sich ein zur Zeit der Gründung hier anwesendes Mitglied den Beitrag zu zahlen, so ist ihm der Beitritt später nur gestattet unter Nachzahlung sämtlicher auf ihn fallenden Beiträge. Für Neueintretende und zureisende Mitglieder gilt der Tag ihres Eintritts. § 4. Beim Tode eines Mitgliedes wird ein Kranz mit Schleife in Höhe von 6 Mk. gemietet und an die Hinterbliebenen 12 Mk. ausbezahlt. § 5. Durchreisende, welche ihre Karenzzeit nicht beendet haben, erhalten aus dem Ueberfluß 50 Pf. § 6. Krankheit und Arbeitslosigkeit entbindet nicht von den Verpflichtungen. § 7. Die Kasse wird getrennt verwaltet und untersteht der Verwaltung und den Revisoren der Zahlstelle. Hierüber entspann sich eine längere lebhaft Debatte und wurde schließlich dasselbe mit 30 gegen 22 Stimmen angenommen. — Ein Schreiben des Genossen Fritz Schmidt-Frankfurt a. M., sowie der damit im Zusammenhang stehende Artikel in Nr. 33 der „M.“, betreffs Anstellung besoldeter Gauleiter, gelangten zur Verlesung und wurde nach längerer Diskussion folgender Antrag einstimmig angenommen: „Den in Nr. 33 der „M.“ enthaltenen Artikel des Gen. Fritz Schmidt-Frankfurt a. M., betreffs Anstellung besoldeter Gauleiter, der nächsten Generalversammlung als Material zu überweisen.“ — Durch das viele Nestieren von Beiträgen verschiedener Mitglieder wurde ein Schreiben des Hauptkassierers, welcher sich leider dazu veranlaßt sehen mußte, verlesen und ist in Zukunft zu hoffen, daß es ein jedes Mitglied im eigenen Interesse für seine erste Pflicht erachten muß, seine Beiträge pünktlich an den Kassierer bzw. Unterkassierer zu entrichten. Ferner wurde bekannt

gegeben, daß am 18. September ein Laube-Vortrag und in der Oktober-Versammlung ein Vortrag des Redakteurs Gen. Stücklen stattfindet. In der November-Versammlung einen Vortrag des Genossen Schulz = Jena über die „Gewerbe-Ordnung“ zu arrangieren, wurde die Zustimmung erteilt. Zu diesen Vorträgen werden die Mitglieder ersucht, recht zahlreich zu erscheinen und für starken Besuch zu agitieren. Ein Antrag, bei Versammlungen, wo Vorträge stattfinden, die Tagesordnung vor dem Vortrag vollständig zu erledigen, wurde angenommen. Durch das frühzeitige Verlassen der Versammlung durch die Mitglieder sah sich die Verwaltung veranlaßt, die Präsenzliste der Mitglieder auf die Anwesenheit derselben zu prüfen und ergab sich leider das Resultat, daß von 105 eingezeichneten Mitgliedern noch 71 anwesend waren. Es ist bedauerlich, daß seitens der Mitglieder dem Kartenspielen mehr Interesse entgegengebracht wird, als ihren Gewerkschafts-versammlungen, welche allmonatlich nur einen Abend benötigen, denn nicht nur Beitragzahlen ist Pflicht eines jeden Verbandsgenossen, sondern auch der regelmäßige Besuch der Verbandsversammlungen bis zum Schluß. Der Bericht über die eingeforderten Streikarten wurde zur Kenntnis genommen und ist zu bemerken, daß von verschiedenen Mitgliedern mehr Fleiß auf die Entnahme von Streikmarken gelegt werden könnte, zumal sich unsere tettauer Verbands-genossen noch in der Aussperrung befinden und deshalb Gelder zu jeder Zeit benötigt werden. In den Herbst- und Wintermonaten finden die Versammlungen ihren Anfang wieder um 8 Uhr und ist der Verwaltung zur Pflicht gemacht worden, dieselben pünktlich zu eröffnen. In den Mitgliedern wird es aber nun auch liegen, die Versammlungen pünktlich zu besuchen, denn nur durch pünktliches Eröffnen und sachliche Diskussion ist ein früherer Schluß der Versammlung möglich. Hierauf erfolgte, da nichts weiter vorlag, Schluß der Versammlung.

m. Nossen. Am vorigen Sonntag unternahmen die döbelner Kollegen einen Ausflug nach Nossen. Begünstigt durch das herrliche Wetter konnten wir auch auf eine rege Beteiligung der nossener Zahlstelle rechnen. Mit dem Mittagzug um 12 Uhr 10 Min. trafen die döbelner Kollegen ein, die Betreffenden wurden vom Bahnhof nach unserem Vereinslokal begleitet. Um 2 Uhr fand ein Spaziergang nach dem Kloster Zella statt. Dortselbst wurden die Parkanlagen besichtigt, dann ging es weiter nach dem Kirchberg und Bergschlößchen. Gegen Abend fand als Schluß ein gemütliches Beisammensein im Vereinslokal Gasthaus „Zur Post“, statt. Mit dem letzten Zug fuhren die Ausflügler nach Döbeln zurück. Den döbelner sowie nossener Mitgliedern werden die fröhlichen Stunden dieses Tages noch lange in Erinnerung bleiben.

t. Tirschenreuth. Die Zahlstelle hielt am 16. d. M. ihre Monatsversammlung ab, welche von 42 Mitgliedern besucht war. Nach Erledigung der Punkte Einkassieren der Beiträge, sowie Entnahme von Streikmarken, hielt Gen. Bredow seinen Vortrag über den 8 Stunden-Tag. Er führte unter Nachweis verschiedener Tatsachen aus, daß die gesetzliche Einführung der 8 stündigen Arbeitszeit nicht allein dem Arbeiter, sondern auch dem Unternehmer nutzbringend sei. Besonders für uns Porzellanarbeiter sei es eine hochwichtige Frage, an deren Lösung wir mit aller Kraft und Energie arbeiten sollen. Nach seinem 3/4 stündigen Vortrag folgte Beifall. Hierauf wurde eine Karte verlesen, welche vom Hauptkassierer kam, darüber entspann sich eine rege Debatte. Hierin handelt es sich um den 8 pCt.-Fonds; da ohnehin der 8 pCt.-Fonds nicht ausreicht für die Zahlstellen, so müssen sich diese auch über die Ausgaben des 8 pCt.-Fonds hinaus noch einen dergleichen Beschluß von Seiten des Vorstandes gefallen lassen. Wo sollen wir denn die Mittel aufbringen zur Agitation? Gerade die Agitation, welche den Zweck hat, uns neue Mitglieder zuzuführen, muß dann von vielen Zahlstellen aufgegeben werden, da die wirklichen Mittel fehlen. Es wurde schließlich ein Antrag eingebracht, welcher auch von der Versammlung angenommen wurde. „Die hiesigen Zahlstellenmitglieder protestieren mit aller Energie gegen die Vergewaltigung der Anspruchsrechte über den 8 pCt.-Fonds, sie erblicken darin gleichzeitig eine Verkürzung ihrer Rechte.“ Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Adressen-Nachtrag.

- Gräfenroda.** Vors.: Hermann Frank, Former, Imenauerstr. 12.
Mitterteich. Kass.: Josef Schöttner, Maler, wohnt jetzt gegenüber dem Bahnhof. Nr. 315.
Nossen. Vors.: Wilhelm Krüger, Dreher, Nossen C. V. Flottwellstr.
Rudolstadt. Vors.: Hermann Jädsch, Former, Untere Marktstr. 9.
Sorgau. Vors.: M. Stendel, Dreher, Kolonie Sandberg Nr. 35.
Wohlfrauth. Vertrauensmann: Andreas Weiß, Kapseldreher, Ringstr. Nr. 125.

Zur Beachtung!

Zum Zweck der statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal erhalten alle Zahlstellenkassierer mit dieser Nr. der „Anzeige“ je eine Karte des Kaiserl. Statist. Amtes. Diese Karte ist bis spätestens 4. Oktober an das Verbandsbureau einzusenden. Wir bitten dringend um pünktliche Einsendung.

Versammlungskalender.

- Mhlen.** Sonnabend, 26. September, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
Mttwasser. Sonnabend, 26. September, Abends 7 Uhr im Vereinslokal. Wegen äußerst wichtigen Vorkommnissen ist jedes einzelne Mitglied verpflichtet, zu erscheinen. Vortrag. Sämtliche Bibliothekbücher sind mitzubringen.
Berlin. II. Sonnabend, 3. Oktober bei Wollschläger Adalbertstr. 21. Geschäftliches. Bericht des Arbeitsnachweises. Verschiedenes.
Golditz. Sonnabend, 3. Oktober, Abends 8 Uhr im Goldenen Kreuz. Quartalsabschluss.
Döbeln. Sonnabend, 3. Oktober, Abends 8 Uhr in Hempels Restaurant.
Duisburg. Sonnabend, 26. September im Vereinslokal Rathskeller.
Frankfurt a. M. Sonntag, 27. September, Vorm. 9 Uhr bei G. Falke zum Lindenbaum Sandgasse 1 in Offenbach.
Gräfenroda. Sonntag, 27. September, Nachm. 3 Uhr. Bibliothekbücher sind mitzubringen. Die Mitglieder werden auf die Beitragsreste aufmerksam gemacht. Erscheinen Aller ist notwendig.
Höhr. Sonnabend, 3. Oktober bei Reichardt Quartalsabschluss.
Immenau. Sonnabend, 26. September, Abends 8 1/2 Uhr im „Erbspringen.“
Kahla. Sonnabend, 3. Oktober, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Vortrag des Gen. Stücklen Altenburg.
Köln-Chrenfeld. Montag, 5. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.
München. Sonnabend, 3. Oktober im Vereinslokal.
Mürnberg. Sonnabend, 26. September, Abends 8 Uhr im Felsacker.
Pforzheim. Dienstag, 29. September, Abends 8 Uhr im Stüttg. Hof Quartalsabschluss. Vollzähliges Erscheinen dringend nötig.
Plau. Sonnabend, 26. September, Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden ersucht alle zu erscheinen.
Schwarza. Sonnabend, 26. September im Vereinslokal.
Unterweißbach. Montag, 28. September, in Dichtetal. Jedes Mitglied hat seine Statistik mitzubringen.
Vegeßack. Sonntag, 4. Oktober, Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal W. Oberbeck Buchstr. 8. Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, zu erscheinen.

Sterbetafel.

Mttwasser. Heinrich Wartsch, Dreher, geb. am 1. 3. 1844 zu Gerdersdorf, gest. am 17. August 1903 an Herzschwäche. Krank 15 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds seit 1874.
Eduard Bengelsfeld, Dreher, geb. am 12. 1. 1844 zu Kamitz, gest. am 10. September 1903 an Lungenkatarrh. Krank 1 Jahr 2 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds seit 1877.
 Ehre ihrem Andenken.

Ersuche die Einzelmitglieder um Einsendung der Beiträge per 3. Quartal für die im Kampfe stehenden Genossen; ersuche ebenfalls freiwillige Beiträge für den Streikfond einzusenden. Bei Anmeldungen sind stets die Mitglieder-Bücher einzusenden.

Carl Muuß, Berlin SO., 26, Reichenbergerstr. 28, Hof II Exp.

12. Agitationsbezirk

(Die Zahlstellen Hüttensteinach, Köppelsdorf, Neuhauß a. R., Schauberg, Oberlind und Lettau umfassend)

Vorort Hüttensteinach

Sonntag, 4. Oktober, Nachm. 2 1/2 Uhr findet im (Gasthaus zu Hüttensteinach)

Delegierten-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt.
 1. Bericht der Agitationskommission.
 2. Bericht über Lohn- und Arbeitsverhältnisse.
 3. Wie agitieren wir in Zukunft?
 4. Verschiedenes.
 Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Johann Langguth, Vorsitzender.

Gera. Sonntag, 27. September, Nachmittags 3 Uhr findet im Reßlerschen Gasthof eine

Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung

statt, wozu die Genossen umliegender Zahlstellen freundlichst eingeladen sind. Referent und Leiter werden in der Versammlung bekannt gegeben.

Gotha. Sonnabend, 26. September, Abends 8 Uhr im Saale zur Erholung

Öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:
 Die Mißverständnisse innerhalb der Porzellanarbeiter Gothas und deren schädliche Folgen. Referent: Herr Redakteur F. Joss, Gotha. Freie Diskussion.
 Um recht rege Beteiligung ersucht
 Der Einberufer.

Die Malerstellen in Jfersgehöfen sind besetzt und sage ich den Herrn Bewerbern besten dank.
B. Schachtshabel.

Erklärung:
 Hierdurch nehme ich die Aeußerungen, die ich gegen G. Sednmin in Selbst getan habe, reuenvoll als unwahr zurück.
 G. Schöffel, Dreher.

Arbeitsmarkt.

2-3 tüchtige Kapseldreher, welche über Trommel formen können, erhalten dauernde Stellung in
Steingutfabrik Wesel, Rheinland.

2 jüngere Porzellanmaler, welche in besseren Figuren gut bewandert sind, suchen baldigst Stellung. Offerten unter G. S. an die Expedition d. Bl. erbeten.

Goldschmiedere,

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Mäpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
 Hammerstr. 12.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgesellschaft für Glanzgold, Goldschmiedere und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.
 Man verlange Prospekte. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Glanzzgold bester Qualität, 10 Gramm 3,50 Mark bei Abnahme grösserer Quantitäten billiger offeriert **Emil Böhme, Goldgeschäft, Eisenberg S.-A.**

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstraße 8. Druck u. Verlag: Dito Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69